





SW  
3067

✓ B  
P B 10.











Kritische Bemerkungen  
über  
neue Formen und neue Gesetzbücher  
für  
deutsche Staaten  
und über  
die bei ihrer Entwerfung, Bearbeitung  
und Einführung unumgänglich  
nothwendigen Rücksichten

von

Dr. Johann Paul Harl,

königl. Baier. öffentlichen ordentlichen Professor der Kameral-  
Wissenschaften auf der Universität zu Erlangen, Verfasser  
zweier zu St. Petersburg und Leipzig gekrönter Preisschriften,  
des polytechnischen Vereins für das Königreich Baiern, der  
königl. Märkischen ökonomischen Gesellschaft zu Potsdam, der  
königl. Preuss. privilegirten Thüringischen Landwirthschaftsge-  
sellschaft zu Langensalza, der ökonomischen Gesellschaft im  
Königreiche Sachsen, der Herzoglich Sachsen-Gothaischen und  
Meiningenschen Sozietät der Forst- und Jagdkunde zu Dreissig-  
acker, der naturforschenden Gesellschaft zu Halle im König-  
reiche Preussen, der großherzogl. Sachsen-Weimarischen  
Sozietät für die gesammte Mineralogie zu Jena, der Wetterau-  
schen Gesellschaft für die gesammte Naturkunde zu Hanau,  
der königl. Preuss. Landwirthschafts-Gesellschaft zu Frankfurt  
an der Oder, der königl. Sächs. Gesellschaft für Mineralogie  
zu Dresden, der Nürnbergischen Gesellschaft zur Beförderung  
der vaterländischen Industrie, des Pegnesischen Blumen-Ordens  
zu Nürnberg, des Industrie- und Kultur-Vereins daselbst,  
des großherzogl. Baden'schen landwirthschaftl. Vereins zu  
Ettlingen, der Frankfortischen Gesellschaft zur Beförderung  
nützlicher Künste und ihrer Hülfswissenschaften, der königl.  
Preuss. Pommerischen ökonomischen Gesellschaft zu Köslin,  
der Gesellschaft der Wissenschaften zu Görlitz, und der  
naturforschenden Gesellschaft zu Emden  
Mitgliede.

*Audiatur et altera pars.*

Erlangen, 1822.

in der Palm'schen Verlagsbuchhandlung.





neue Formen und neue Gesetzbücher

notwendig zu sein.

High, low and dot and





---

In der allgemeinen öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten der Baierischen Ständeversammlung am 11. Februar d. J. sagte der zweite Präsident derselben, Herr StR. und Präs. v. Seuffert unter andern: „Wehe und Schmach denjenigen Staatsdienern oder Geistlichen, die aus Furcht ihre Ueberzeugung nicht aussprechen!“

Von mehreren Seiten \*) wurde ich aufgefordert, diese Skizze, die ein *auf That-  
sachen, auf Welt- und Menschen-  
kenntniss gestütztes* Raisonnement enthält, dem Drucke zu überlassen. — Prüfet alles!

---

\*) Anfangs März sagte ein hochachtbarer, edler Mann zu mir: „Durch Sie sind schon viele (in Ansehung der Oeffentlichkeit der Rechtspflege) bekehrt worden.“ —



Eitle Deklamationen und Poesien, womit das Publikum von so vielen andern Seiten bis zur Ermüdung bedient wird, liebe ich nicht, sondern nur gesunde Begriffe. — *Ich bin von dem Grundsatz, dem die weisesten Regierungen, unter denen die erleuchtetste Baiersche Regierung oben ansteht, von jeher huldigten, ausgegangen, daß bei Entscheidung wichtiger Angelegenheiten, wenn sie das Gepräge vollkommener Gründlichkeit und Reife haben sollen, allseitige Beleuchtung unentbehrlich sey.* — Unsere Zeit ist tiefgreifenden Reformen nichts weniger als günstig, und erfordert daher doppelte Vorsicht. — — Es ist wenig daran gelegen, ob ich irgend einer Parthei von vorgefaßter Meinung gefalle. Mir liegt nur an der Zustimmung vorurtheilsfreier, ganz unpartheiischer und sachkenntnißvoller Männer; auch bin ich vollkommen überzeugt, daß die, welche nichts als Wahrheit suchen, diese Andeutungen lesen und hier eine eben so freimüthige als unbefangene kritische Beleuchtung und Würdigung finden werden.



Der Hr. Geheimerath und Oberhofgerichts-Präsident Freiherr v. Drais bemerkt in den Zusätzen zu seinen Betrachtungen über die Vorschläge unserer Tage für mehr Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Justiz (Mannheim, 1812.):

„Bis auf diese Stunde war uns (Deutschen) die Unart noch nicht abzugewöhnen, die uns treibt, nach dem Fremden mit begieriger Hast zu greifen, das Eigene aber gleichgültig zu verschmähen. — Hr. Keratry sagte jüngst in der Deputirten-Kammer zu Paris: „,,der Theil der Staatsverwaltung, dessen wir uns am meisten schämen müssen, ist die Rechtspflege.““ Sollte uns dieses Bekenntniß (welches nicht das erste dieser Art ist!) nicht in etwas scheu machen, gegen die Begierde der Nachahmung, ehe wir nur die Verbesserung abgewartet hätten, die die Franzosen bei sich noch anbringen werden? Wie würden diese selbst im Stillen über den Deutschen lächeln, wenn er seinen Werth, seinen Karakter und seine Selbstständigkeit vergessen könnte.“ —



Unsern biedern deutschen Völkern möchte man so gerne fremde Sophismen, Komödie der öffentlichen Verhandlungen, französisches Gaukelspiel und Formelkrämerei aufdringen, ohne Rücksicht auf die dermaligen kritischen Zeiten und auf die notorische *Demoralisierung der Völker durch beständigen Wechsel der Regierungsformen*, und durch immer erneuerte *Experimente von Organisationen*, deren Folgen schon längst von Ost bis West sichtbar, und leider auch fühlbar geworden sind. — Diese *Experimentalpolitiker* haben in neuern Zeiten ihre *destruierende* Thätigkeit sehr oft eine *organisirende* genannt, mit demselben Rechte, mit dem z. B. Ameisen die reinliche Skelettbereitung eines ihnen überlassenen *Thieres* eine Organisation nennen \*). — Haben etwa so manche Arten von *Experimentalpädagogik*, *Experimental-Heilkunde*, *Experimental-Staatswirtschaft*, *Experimentalfinanz*, *Experi-*

---

\*) Beilage zur allgemeinen Zeitung vom Jahr 1821.  
Nro. 199.



*mentalpolizei* — u. s. w. in Deutschland seit einigen Jahrzehnten noch nicht genug Unheil gestiftet und Elend verbreitet? — Muß auch noch das Unglück einer *Experimentaljustiz* dazu kommen, da selbst erfahrungsvolle und treffliche Justizmänner, — d. h. die wirkliche Justizpraktiker seit wenigstens  $\frac{1}{4}$  Jahrhundert sind — die Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege — als ein *Experiment* \*) erklären! — — So urtheilen vorurtheilsfreie, unpartheiische und sachkenntnisvolle Justizpraktiker, die ich kenne, und deren Meinungen ich bestimmt weiß. *Veritas non quaerit angulos.* —

Ein sehr großer, wenn nicht sogar der größte Theil des Unglücks der Regierungen und Völker entsteht zufolge der Geschichte daraus, daß die Erfahrungen und Warnungen der verflossenen Zeit meist . . . we-

---

\*) Der Hr. Verf. der Schrift: der baier. Landtag vom J. 1819, behauptet: von Experimenten habe der Staat bereits sehr traurige Erfahrungen gemacht.



nig beherziget und berücksichtigt, öfters selbst, wie es scheint, vergessen werden. — Seit länger als 30 Jahren hat die Erfahrung verschiedener Staaten neuerdings sonnenklar bewiesen, daß tief eingreifende Staats-Reformen, von *Juristen* ausgegangen, gewöhnlich das größte Unheil zur Folge haben. — Man vergesse nicht, daß die berüchtigte, und zur Warnungstafel für alle Zeiten und Länder dienende gesetzgebende Versammlung im Oktober 1791. in *Frankreich*, die über dieses große Reich und über ganz Europa namen- und grenzenloses Elend gebracht hat, aus dreihundert *Rechtsgelehrten*, größtentheils *Advokaten* bestand, die vom revolutionären Schwindel ergriffen, Altes und erst Gewordenes stürzten \*), — Der in London er-

---

\*) Darstellung der denkwürdigsten europäischen Welt-ereignisse vom Jahr 1789. bis auf unsere gegenwärtigen Tage. Memmingen, 1822. Bd. II. S. 3.

Vergl. Ouvrage complet des Tableaux Historiques de la Revolution francaise etc. Les Discours on été composés par Chamfort et d'autres Ecrivains etc. — Denkbuch der französischen Revolution, vom ersten Aufruhr in der Vorstadt



scheinende Kurier vom 10. Jan. 1. J. begleitet den Kommissions-Bericht der spanischen Kortes unter andern mit folgender Bemerkung: „der Bericht ist ein ziemlich gemäßigtes und vernünftiges, und dem Anscheine nach wohlgesinntes Aktenstück. Bevor Ludwig XVI. auf dem Schaffotte fiel, fehlte es nicht an ähnlichen Dokumenten zwischen dem fallenden Monarchen und den gesetzgebenden Körpern, welche das Possenspiel einer Berathschlagung trieben, während eine weit stärkere Macht als sie, die Katastrophe mit Riesenschritten beschleunigte. Die Kortes mögen wohl auch einsehen, auf einem gewissen Punkte Einhalt zu thun; allein haben sie die Mittel, diess auszuführen? Können Sie den Geist, der aussen ist, kontrolliren? Man hat den Strom aus seinen Ufern treten lassen, kann man seinen Fort-

---

St. Antoine, den 28. April 1789. bis zum Todestage Ludwigs XVI. den 21. Januar 1793. In 42 Kupfern mit einem erläuternden Texte von F. E. Freiherrn von Seida und Landsberg, Memmingen, 1815.



schritten Einhalt thun? Wir glauben fast, man kann es nicht. Die Ereignisse werden bald über unsere Meinung entscheiden.“ Probatum est.

---



---

Vor einiger Zeit wurden in Madrid Briefe von Bentham an den Grafen von Toreno über das neue *Strafgesetzbuch* bekannt gemacht. Diesem Kodex gieng es sehr übel. Alle Gerichtsbehörden, alle Universitäten, und alle Advokaten Spaniens hatten ihn verworfen, nachdem sie seinen Inhalt auf eine bittere Weise durchaus getadelt hatten. Indefs erhielt er doch nach und nach, und fast ohne Diskussionen die Sanktion des gesetzgebenden Körpers. —

Fabula narratur mutato nomine. —

Die Gesetzgebung ist der wichtigste Gegenstand der gesammten Staats-Regierung, und heischt die größte Vorsicht und Staatsweisheit. — Zweckmässige, dem Geiste und den Bedürfnissen eines Volkes angemessene Gesetze sind die Grundpfeiler des Wohls der Einzelnen und der Wohlfahrt des Ganzen.

Sehr richtig bemerkt der Herr Staatsrath v. Gönner in seinem Entwurfe eines Ge-



setzbuch etc. (Erlangen, 1815. Bd. I. S. VII.): „Der Einfluß der Legislation sogar auf politische Verhältnisse, sprach sich nie lauter aus, als in der neuesten Zeitgeschichte. Welches Gewicht legte der entthronte Feind des Friedens auf die Ausbreitung seiner Gesetzbücher? Sie war ihm, und ganz richtig, gleichsam das Siegel, womit er die Herrschaft befestigte, welche er durch Waffenglück begründet hatte; selbst jene Völker, welche seine Waffen nicht unterjocht hatten, sollten sich durch seine Gesetzbücher an seine Herrschaft gewöhnen.“ —

Und in der That ist es auch in politischer Hinsicht höchst wichtig, daß in diesen kritischen Zeiten, in welchen größere oder kleinere Revolutions-Streiche bald da, bald dort vorkommen \*), das Ansehen und

---

\*) Die Allgem. Zeit. Nro. 397. v. J. 1821. lieferte folgenden Artikel:

„Paris den 6. Dez. Deputirten-Sitzung am 3. Dez.

„Der Minister gieng zum II. Abschnitt des ersten Gesetzentwurfs, *das gerichtliche Verfahren gegen Pressvergehen* betreffend, über, und suchte hauptsächlich darzuthun, daß die



die Elemente der *monarchischen* Gewalt nicht auch dadurch noch geschwächt und

---

grobe Injurie gegen Staatsbürger oder Staatsbeamte sich nicht sowohl für die im Jahre 1818 für Pressvergehen aufgestellte *Jury*, als vielmehr für die *Polizei-Gerichte* eigne.“ —

Der Minister kam auf den zweiten Gesetzentwurf zu sprechen, die Zensur und Zeitungen betreffend. Er drehte sich um den Gegenstand in einer sehr langen Rede herum, als deren Text er die Frage aufwarf: „Ist Frankreich *reif* für die völlige Unabhängigkeit der Zeitungen und Zeitschriften?“ Das Resultat war: „Nein!“ etc. etc.

„Die Zensur habe zwar auch ihr Unangenehmes und Unbequemes, allein sie sey unerlässlich und unersetzlich bei den Umständen, *wo Europa und Frankreich noch voll revolutionärer Zündstoffe und demokratischen Sauerteigs liege*; wo die Zeitungen, schon von Natur aus demokratischer Tendenz, für jede Revolution Partei ergreifen, jedem Mißvergnügen zum Vehikel dienen; wo jede Zeitung alles, was von unheilbaren Revolutionärs, Abentheurern und jungen Brauseköpfen sich in einer Stadt befinde, an sich ziehe, und daraus einen Klub bilde, wo diese Klubs sich affiliiren, und ein Netz formen, welches das ganze Königreich überziehe; wo endlich unter den Klubs eine Organisation bestehe, die der öffentlichen Verwaltung zur



vermindert werden, daß man durch Einführung der Geschwornengerichte in Deutschland das jus gladii der Majestät entzieht, und dagegen Leuten aus gewissen Volks-Klassen anvertraut, von deren richterlichen Takt so tröstliche Proben vorliegen \*). — —

Seite gehe, und immer bereit sey, sie umzustürzen! Da es nicht wahrscheinlich sey, daß ein solcher Zustand der Dinge sich schon im nächsten Jahre ändere, so schlage der II. Gesetzesentwurf vor: die Zensur noch fünf Jahre fortanern zu lassen. Er laute: „Einziger Paragraph. Die Gesetze vom 31. März 1820 und 26. Juli 1821, die Herausgeber der Zeitungen und periodischen Schriften betreffend, werden bis Ende der Sitzung 1826 in Kraft bleiben. Die Wortbeschimpfungen, die aufrührerischen Reden oder Handlungen, werden in Zukunft zuchtpolizeilich belangt, und daher *der Gerichtsbarkeit der Geschwornen entzogen werden*, weil solche Vergehen offenbar Polizei-Angelegenheiten seyen.“

\*) Mein Entwurf eines Polizeigesetzbuches. Erlangen, 1822. S. XVII — XXXVI.

Der Kurier vom 15. Nov. 1821. sagt:

„Es scheint, daß es in Spanien, so wie in andern Ländern, Geschworne giebt, welche ihre Funktionen prostituiren, wenn von politischen Angelegenheiten die Rede ist.“ —



In der Frankfurter Oberpostamtszeitung. Nr. 33. v. 2. Februar 1822. befindet sich folgende auffallende Nachricht:

„Paris, vom 28. Jan. Auffallender Weise hat nun schon der zweite Zeuge in dem berühmten (*sic!* m. Zus.) Prozeß Fualdes seine Aussage auf dem Sterbebett zurückgenommen. — Der Tischlergeselle Theron hatte ausgesagt, er habe Bastide und Jansion in der Straße gesehen und erkannt, durch welche sie den Leichnam des Ermordeten zu dem Flusse hinabtrugen. Jetzt macht sein Beichtvater eine Erklärung bekannt, nach welcher der Zeuge seine Aussage als wahrheitswidrig, kurz vor seinem Hinscheiden, widerrufen hat, indem er nicht einmal an dem Orte gewesen sey, wo er die Mörder erkannt zu haben vorgab.“

In der Beilage Nro. 66. der *allgemeinen* Zeit. 1. J. heisst es:

„Vom Rhein, 19. April. Ein Hauptgegenstand der Aufmerksamkeit und gespanntesten Erwartung in den gesammten Rheinlanden ist der so vielfach besprochene *Kriminalprozeß* gegen den angesehenen Kaufmann Fonk in Köln, der Ermordung des Kaufdieners Könen angeklagt, worüber Ende dieses



Monats zu Trier das Assisen-Gericht durch Geschworne eröffnet werden wird. Es sind bereits über 230 Zeugen vorgeladen, und die Kosten betragen schon über 100,000 Franken, dreimal ist der Kaufmann Fonk arretirt, und zweimal auf Anordnung der Obergerichtsbehörde seiner Haft entlassen, weil keine hinlänglichen Beweise vorhanden wären, ihn vor die Assisen zu stellen. Es haben sich mehrfache Stimmen zu seinen Gunsten erhoben, er selbst hat eine merkwürdige Schrift über diesen Prozeß herausgegeben, wodurch, wenn die Angaben des Angeklagten gegründet befunden werden sollen, mehrere angesehene Gerichtsbeamte kompromittirt werden würden. So viel ist gewiß, daß der Kaufmann Fonk den Appellationspräsidenten Schwarzperhorreszirt hat, und daß nach einer, so eben eingegangenen Bestimmung des Chefs der Justiz, diese Rekusation als begründet angenommen, und ein anderer Präsident ernannt worden ist. Fonk ist Familienvater, war stets unbescholten und hat die besten Zeugnisse; er hat bloß die Aussage des Küpers Hammacher, der bereits zum Tode verurtheilt ist, gegen sich; und Letzterer hat diese Aussage *nicht nur gerichtlich wiederholt widerrufen*, sondern auch einige Tage nach derselben seinen Beichtvater, von Ge-  
wis-



wissensbissen gefoltert, erklärt, dafs sie falsch sey u. s. w. \*).

*Der Himmel wolle das theuerste Vaterland vor solch einer, nur den allgemeinsten Schrecken und grössten Schauder erregenden Kriminal-Gerichtsbarkeit nach französischen Formen und Gesetzen, bewahren. —*

Unstreitig ist die Gesetzgebung eine grosse National-Sache und darf daher nicht durch fremde Sophismen, durch ausländische Gaukelspiele und Formel-Krämerei herabgewürdigt und verderbt werden. *Jede Reform der Gesetzgebung, die dem Geiste und Karakter eines Volks entsprechen soll, muss aus dem Volke, das sie betrifft, selbst hervorgehen, sich aus demselben herausbilden und ganz nationell seyn. —*

Es ist nichts, als reinste Wahrheit, wenn der berühmte Hr. Regierungsrath Dr. Grävell in dem ersten Theile seiner meisterhaften Prüfung der Gutachten etc. (S. XVI—XVII.) behauptet:

---

\* ) Die oben genannte Schrift hat den Titel: Der Kampf für Recht und Wahrheit in dem 5jährigen Kriminal-Prozesse gegen F. A. Fonk in Köln. Von ihm selbst herausgeg. 2 Hefte. — *Welche Erscheinung! —*



„Es ist gewiß, daß die Benutzung fremder Einrichtungen nur das Einzelne betreffen kann, daß hingegen das Wesen und die Grundform eines nothwendigen Bestandtheiles der Staatsverfassung und Verwaltung sich nur von innen heraus bei jedem einzelnen Volke gestalten könne, sich darum bei jedem anders ausbilden müsse, und von einem auf das andere unübertragbar sey. Die einzelnen Menschen und die Völker sind keine Bäume, welchen man durch Aufsetzung eines Pfropfreises einen andern Charakter geben kann, oder auch nur geben darf. In innerer Nothwendigkeit, oder was unzertrennlich davon ist, in eigener Freiheit, sollen die Menschen und die Völker sich ausbilden und ihrem Berufe zureifen.“

„Diese ihre eigene Ausbildung aus sich heraus stören und ihr gewaltsam eine andere Richtung geben wollen, kann den Wachs-  
thum nur unterbrechen, und den ganzen Stamm zum Krüppel machen.“

*Die Barbarei des Zeitalters*, in dem man weder lesen noch schreiben konnte, und daher die *ursprüngliche* Einführung der Mündlichkeit der Rechtspflege — ein nothwendiges Uebel war, kann von keinem Geschichtskundigen geläugnet werden. —



*Deutsche Staaten müssen den Geist der Gerichtsverfassung und des Prozesses beibehalten, der ihnen einheimisch ist, wie die Sprache es ist. —* Einer der berühmtesten und verdienstvollsten deutschen Rechtsgelehrten, Hr. Staatsrath von Gönner hat es ja laut (in seinem Entwurfe eines Gesetzbuches S. XVIII.) gesagt, *dass die Publizität der Verhandlungen dem Genius der deutschen Nation fremd sey. —* Wenn das Prinzip der Oeffentlichkeit, wie man so oft hören muß, wirklich das alleinwahre und alleinseligmachende in konstitutionellen deutschen Staaten wäre, warum wurde denn vor etwa  $\frac{3}{4}$  Jahren noch im Königreiche Baiern den Behörden und Staatsdienern das Amtsgeheimniß auf das Strengste eingeschärft und zur Verbindlichkeit gemacht; warum wird so viel anderes im Staatshaushalte nicht öffentlich kund gemacht und der Publizität überlassen; warum waren die Sitzungen der hohen Kammer der Reichsräthe immer geheim und für alle Zuschauer unzugänglich, warum wurde von diesen Verhandlungen im Laufe dieser Ständerversammlung, wenigstens meines Wissens, bis jetzt noch gar nichts öffentlich bekannt gemacht? Warum — doch, wozu noch mehrere Fragen in einer Sache, die *allen* Partheilosen ohnedieß ein-



leuchten muß — auf Thatsachen, Welt- und Menschenkenntniss gestützt ist. — —

Einen Beweis *gegen die Oeffentlichkeit der peinlichen Rechtspflege* liefert die äusserste Geheimhaltung des Inhalts einer allgemein bekannten Kriminal - Untersuchung, deren *aktenmässige Darstellung* im Buchhandel unterdrückt und verboten wurde. In Irland ist *öffentliche Gerichtsbarkeit*, und doch, welche Gräuel haben seit Kurzem die Mißvergnügen daselbst verübt? — —

Dafs selbst bei der bürgerlichen Rechtspflege die Oeffentlichkeit sehr nachtheilig und unstatthaft sey, beweist unter andern der neueste Prozeß Lafitte's wegen Napoleons Geld-Depositum, bei welchem das Gericht *wiederholt bei verschlossenen Thüren* seine Sitzungen halten mußte! — Wie viele Justiz - Morde und ungerechte Todesurtheile liefert die unpartheiische Geschichte seit 25 Jahren von der Gerechtigkeitspflege in Frankreich und namentlich von dem Geschwornengerichte? — Wie *langwierig und äusserst kostspielig* sind daselbst die bürgerlichen Prozesse, so dafs man, wenn diese Formen nach Baiern verpflanzt würden, 300 fl. überflüssiges Geld haben müßte, um einen Prozeß durchzuführen.



*Vorurtheilsfreie und unbefangene Leser, die noch nicht Parthei genommen haben, und sich von der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und von den Geschwornengerichten, nebst den in öffentlichen Gerichten begangenen Justiz-Morden näher unterrichten wollen, finden darüber bestimmte, deutliche und faktische Aufschlüsse in meinem Entwurfe eines Polizeigesetzbuches (Erlangen, in der Palm'schen Verlagsbuchhandlung), der von den vorzüglichsten kritischen Blättern auf eine ehrenvolle Art gewürdigt wurde \*).*

---

\*) Die Hallische *allgemeine Literatur-Zeitung* vom Jan. 1. J. Nro. 25. lieferte eine Beurtheilung meines Entwurfs eines Polizei-Gesetzbuches, in der unter andern folgende Stellen vorkommen:

„Dieselbe praktische Ansicht, die ausgebreitete Belesenheit, der warme Eifer für die Beförderung des Gemeinwohls, welche die bisherigen Schriften des Verfassers charakterisiren, finden sich auch in der vorliegenden Schrift. Bekanntlich hat Hr. H. schon im Jahr 1808 ein vollständiges Handbuch der Polizei-Wissenschaft herausgegeben, das sowohl wegen der richtigen Darstellung der Theorie, und wegen der beigebrachten geschichtlichen und literarischen Erörterung, als wegen der vielen praktischen Anwendungen



Wenn also *für deutsche Staaten* neue Gesetzbücher, z. B. ein *Strafgesetzbuch* oder ein *Polizei-Gesetzbuch* bearbeitet werden sollen, so dürfen dieser Kriminal- und Polizei-Gesetzgebung keineswegs die französischen Ge-

---

Beifall gefunden hat. Der vorliegende Entwurf zu einem Polizei-Gesetzbuche kann nun als die Ausführung und praktische Anwendung jener Theorie angesehen werden. Da es die Natur der Polizei-Gesetze mehr als die aller andern erfordert, *dass sie auf ein besonderes Land oder Volk eingeschränkt werden*, indem es zwar allgemeine Grundsätze für die Polizei-Gesetzgebung, aber keine, oder doch wenig allgemeine Polizeiregeln giebt; so ist in diesem Entwurfe vorzüglich *Deutschland* berücksichtigt worden. Die Vorschläge sind größtentheils aus den schon vorhandenen Verordnungen der verschiedenen Staaten genommen, so dass die in Deutschland existirenden Polizei-Gesetze nach der Einheit eines wissenschaftlichen Prinzips kritisch gesichtet, und mit den nöthigen Modifikationen zu einem harmonischen Ganzen ausgebildet sind.“ Am Schlusse dieser Kritik wurde bemerkt, dass diese nützliche Schrift hoffentlich eine zweite Ausgabe erleben werde.

Vergl. Beilage Nro. 8. zur *allgemeinen Zeitung* l. J. S. 30. Leipziger Literat. Zeit. v. J. 1821. S. 323—324. Pahl's National-Kronik, und André's Hesperus v. Febr. d. J. u. s. w.



setzbücher dieser Art zur Grundlage dienen. Bekanntlich war die französische Revolution die Wiege des Code Napoleon. Auch hat der Hr. Staatsrath v. Gönner in seinem Archiv ausdrücklich behauptet, daß Napoleon den Straf-Kodex *nur als Nebensache* behandelt habe. —

Sehr merkwürdig in dieser Hinsicht ist die Sitzung der Deputirten-Kammer zu Paris vom 24. Jan. l. J. — v. Kergolay (Florian) gieng bis auf den Ursprung des Geschwornengerichts zurück, er führte Blackstone an, und erhob sich zu Betrachtungen, aus denen er folgerte, daß bei Preßvergehen die Urtheile durch Geschwornengerichte sowohl den Interessen der Gesellschaft als der Angeklagten selbst zuwider seyen. Hier vor allem müsse man sich vorzüglich auf die Partheilichkeit der Geschwornen gefast machen, weil die Volksleidenschaften am nächsten berührt werden.

„Das Urtheil durch Geschwornengerichte, sagen deren Vertheidiger, ist das Urtheil der Nation. Nein, meine Herren! zwölf Geschworne sind nicht die Nation. Wir wissen alle, daß selbst ein Unterhaus, oder eine Kammer der Abgeordneten nicht die Nation bilden, von welcher sie berufen sind, die wichtigsten Interessen zur Diskussion zu



bringen; wir wissen, daß alle Begriffe von Volksvertretung auf schwankenden und oft chimärischen Ideen beruhen.“

„Um der gefährlichen Ungewissheit der Theorien zu begegnen, haben die Vertheidiger des Throns in allen Theilen des alten Europa zu der erblichen Monarchie ihre Zuflucht genommen.“

Kergolay sprach für das neue Pressgesetz und gegen die Jury, deren Anordnung für das Pressvergehen (durch das Gesetz vom 26. März 1816.) er eine inkonstitutionelle Mafsregel nannte, weil sie in das Richteramt eingriffe. Er zitierte mehrere Schriftsteller, um zu beweisen, daß Blackstone Unrecht gehabt, das Geschwornengericht das Palladium der bürgerlichen Freiheit Englands zu nennen, und fand die gewöhnlich von den Angeklagten in England auf die Frage: „Wie wollt Ihr gerichtet werden“? ertheilte Antwort: „durch Gott und mein Land,“ unpassend für eine so gesetzte Nation, wie die französische \*). — „Das Geschwornengericht,“

---

\*) Wie soll man's denn für die gesetzteste deutsche Nation finden, wenn's für das gesetzte (scilicet!) französische Volk schon unpassend ist — und zwar selbst nach dem Urtheil eines Franzosen?! —



sagte er unter andern, „gehört *der Kindheit* der bürgerlichen Gesellschaft an, wo jeder, so ziemlich mit derselben günstigen Kraft ausgerüstet, geeignet ist, die Stelle eines Richters zu versehen. Bei dem jetzigen Stande der bürgerlichen Gesellschaft ist es anders; die Ueberlegenheit der Einsicht und der wahren Gelehrsamkeit bei beständigen Richtern läßt sich nicht bestreiten. — Diese Einrichtung, welche für England passen mag, paßt deshalb auch noch nicht für uns, wo die Richter von der Staatsgewalt unabhängig sind, und nicht dürfen entlassen werden. Darum sind die gewöhnlichen königlichen Gerichtshöfe weit geeigneter über Preßvergehen zu entscheiden, und sonst stimme ich für das Gesetz.“

Donnadiou warf zuerst einen Blick auf die gegenwärtige Zeit, deren Lage keinen Vergleich mit irgend einer andern erlaube. Die ganze zivilisirte Welt sey in ihren Grundfesten erschüttert, Empörung erhebe in allen Theilen des Erdballs ihr Haupt, und ein geheimer Bund neuerungssüchtiger, unruhiger Köpfe bedrohe die gesellige Ordnung. Gute Gesetze wären nicht diejenigen, welche dies in der Theorie seyen, sondern nur jene, die richtig angewendet würden.



Was hätten die Gesetze eines Solon's gegen die Verdorbenheit seiner Nachkommen vermocht, was Numa's Gesetze gegen Roms Verfall? Wir brauchen, fuhr der Redner fort, nicht soweit zurückzugehen, ganz nahe liegt uns ein warnendes Beispiel. Werfen wir unsere Blicke auf den unglücklichen Fürsten, dessen Verlust Frankreich noch heute beweint, an dessen Todtestage es sich noch jetzt mit Trauer bedeckt.“

Man höre doch einmal auf, *die Schale dem Kerne, den Buchstaben dem Geiste, und die Form der Materie vorzuziehen!* Schon oft genug hat die *so kostbare Form das Surrogat der Materie* seyn sollen, und ist eben deshalb Unheil gestiftet worden. — Die Formen sind nicht das Wesentliche, und wer an das Reich der alten Formen glaubt, will durch todte Götzen noch bannen. Man strebe nach dem Wesen! — Formen werden wenig oder gar nichts helfen — *nach der Erfahrung aller Zeiten und Länder.* Am 30. Oktober 1793. bestand doch in Frankreich *die unfehlbare öffentliche Gerichtsbarkeit* und die hochbelobte *Jury*. Und doch schreibt die *unbestechbare* Geschichte:

„Von dieser Zeit an war zu Paris das Morden unter der Guillotine an der Tages-



ordnung. Angesehene und reiche Bürger, Männer von Geist, Einsicht und Gelehrsamkeit, aus den ehemaligen Magistraturen, den Gerichtsstuben, aus den gelehrten Gesellschaften, dem Kriegs- und Handelsstande wurden eingezogen und — hingerichtet.“ —

*Die trügerische Oeffentlichkeit des mündlichen Verfahrens* gleicht der *Kopfsteuer*, die unter dem Scheine der größten Gleichheit und Gerechtigkeit die empörendste Ungleichheit und Ungerechtigkeit befördert. — —

Wer kann oder will die erniedrigende, und jeden deutschen Biedermann tief kränkende Nothwendigkeit beweisen, — *Kriminal- und Polizei-Gesetzbücher für deutsche Staaten dem Code Napoleon anzupassen, und diesen als Grundlage für jene zu nehmen?* — Warum sollen denn die Deutschen auf *Originalität* in der Gesetzgebung für deutsche Völker verzichten, und des Ruhmes verlustig werden, *aus ihrer Mitte* meisterhafte Gesetzbücher hervorgehen zu sehen? — Weit entfernt auf die neuen Gesetzbücher als auf National-Werke stolz zu seyn, müßten die deutschen Gelehrten, sie mögen Theoretiker oder Praktiker seyn, ja die deutsche Nation selbst es sich zum Vorwurfe rechnen, und sich dem gerech-



testen Tadel der Mit- und Nachwelt aussetzen, wenn Treibhausgewächse fremder Revolutionen auf deutschen Boden verpflanzt, und dagegen vaterländische Werke ausgerottet würden \*). —

*Gesetze sind nur dann weise, Institutionen nur dann wohlthätig, wenn sie einer Nation angemessen, und für ihren Geist und Karakter passend, aber nicht geborgte Treibhauspflanzen fremder Revolutionen sind. Denn es fehlt nicht an Beispielen in der Geschichte, daß gewisse Folgen in einem Lande die Vorboten oder Vorzeichen in einem andern wurden. — Sapienti sat. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß die französischen Gesetzbücher aller Art, womit man die lieben und guten deutschen Völker so freigebig beschenken will, Resultate der französischen Revolution sind, folglich noch keineswegs seit 100 Jahren bestehen! — Waren doch diese hochgepriesene Gesetzbücher noch unter Ludwig XVI, der am 21. Jan. 1793, in Paris auf dem Schaffotte von den Helden der Revolution geschlachtet wurde, nicht entworfen und eingeführt. —*

---

\*) Beilage Nr. 9. zur allgemeinen Zeitung 1. J.



Man sollte doch endlich aufhören, bemerkt Hr. v. Sparre-Wangenstein, eine Gesetzgebung aus der Fremde zu holen, etwa wie die *Kolonial-Waaren* aus Indien, oder die *Modeanzüge* aus London und Paris. — —

Die russische Regierung legte selbst den Grund zu einer neuen Gesetzgebung für Rußland, und liefs sie weder aus England noch aus Frankreich verschreiben. — Warum soll ein deutscher Staat, dessen *Justiz-Verfassung musterhaft ist*, und ein paar nicht wesentliche Veränderungen bei den Unter- und Obergerichten eingerechnet, unter die *trefflichsten Justiz-Verfassungen* gehört, dieselbe gegen eine fremde vertauschen? — Warum wollen denn, wie es scheint, *Rheinbaiern* \*) den übrigen Theilen des Königreichs Baiern ihre von Frankreich erhaltene Rechtspflege aufdringen, da die Baiern ihre bisherige Justiz-Verfassung den Rheinländern nicht zumuthen? — Warum hat der preussische Staat die rheinländische Rechtspflege in seinen übrigen Provinzen nicht eingeführt, — sondern vielmehr sich veranlaßt gesehen, einen Theil seiner Justiz-Verfassung auf die Rheinprovinz zu übertragen — wie ein im Jahre 1821. erlassener königl. preussischer Kabi-

---

\*) Beilage zur *allgem. Zeit.* 1. J. Nro. 16.



nets-Befehl beweiset, wodurch in den preussischen Rheinlanden das französische Gerichtsverfahren für alle Fälle, wo eine Anklage wegen *Hochverrath* statt findet, aufgehoben wird, so daß nun auch die Rheinländer hinführo nach den Formen der alten preussischen Kriminal-Justiz gerichtet werden sollen, sobald sie eines begangenen Staatsverbrechens verdächtig sind. — Wie könnte und sollte aber das Volk noch ein Zutrauen zu einem Gerichtsverfahren haben, dem die Regierung das ihrige bestimmt und öffentlich entzieht? — Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Damit vergleiche man auch noch folgende Verfügung:

Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. Da das öffentliche Verfahren der Gerichte in den Rheinprovinzen in manchen Fällen *der Sittlichkeit* nachtheilig werden kann, so verordnen Wir, wie folgt: 1) Wenn in einer korrekzionellen oder Kriminal-Sache, worin auf Anwendung der Artikel 330 bis 346. des Strafgesetzbuchs angetragen wird, das Ministerium findet, daß die öffentliche Verhandlung der Sittlichkeit nachtheilig werden möchte, so hat dasselbe darauf anzutragen, daß für diesen Fall das öffentliche Verfahren aufgehoben werde.



2) Das Gericht hat auf diesen Antrag nach vorgängiger Berathung, ein öffentliches Urtheil abzufassen, welches jedenfalls in der öffentlichen Sitzung zu verkünden ist. Bei der Abfassung dieses Urtheils müssen sämtliche Kammern des Landgerichts konkurriren.

Gegeben Berlin, den 31. Jan. 1822.

*Friedrich Wilhelm.*

Es sollten alle Lokal-Justiz-Behörden im Königreiche Baiern — mit Ausschluss der Rheinprovinz — alle wirkliche Untersuchungsrichter, die peinliche und bürgerliche Prozesse selbst geführt, aber nicht bloß vor- oder abgeschrieben haben, um ihre eigentliche und *wirkliche* Ueberzeugung gefragt werden; dann möchten wohl vielleicht *sieben Achtel* davon sich gegen die Einführung der Oeffentlichkeit in peinlichen und bürgerlichen Sachen bestimmt erklären. — Experto crede! *Erfahrungs- und kenntnisreiche baierische Justizpraktiker* behaupten: „die Oeffentlichkeit kann unsere ohnedieß sehr gute Rechtspflege nicht verbessern, und folglich nichts nützen, aber wohl schaden.“ — Hört!

Hat denn nicht schon lange *die allgemeine Erfahrung* in Ansehung eines gewissen



Gesetzbuches mehr als hinlänglich gelehrt, daß *die französischen Gesetze für deutsche Völker* nicht passen, und in der kürzesten Zeit weit mehr Noten als Text veranlassen? — Wer darüber zwei *klassische Werke* berühmter deutscher *Praktiker* zu vergleichen wünscht, dem kann man mit vollem Rechte nachfolgende bestens empfehlen:

1) Prüfung der Gutachten der königl. preussischen Immediat - Justiz - Kommission am Rhein, über die dortigen Justiz - Einrichtungen durch Dr. M. C. F. W. Grävell, königl. Preussischen Regierungsrath. Zwei Theile. Leipzig, 1819. 8. \*).

2) Geschichte der badischen Gerichtshöfe neuerer Zeit. Mit Blicken auf die Vorschläge unserer Tage für mehr Oeffentlichkeit der Zivil- und Kriminal-Justiz, für das Plädiren und die Geschwornengerichte. Von K. W. F. L. Freiherrn von Draiss, großherzogl. badischen wirklichen Geheimerath und Präsidenten des Oberhofgerichts, Großkreuz des Ordens der Treue. Mannheim 1821. 8.

Nach

---

\*) Vergl. Vertheidigung der preussischen Gerichtsverfassung von Hrn. v. Buttlitz.



Vorerst verlangen die *an der Galomanie leidenden deutschen Popular-Rechts-Philosophen* bloß die Oeffentlichkeit der Rechtspflege \*); sobald sie aber diese haben, dann werden sie auch sogleich die hochgepriesene Jury fordern, indem man ja ausserdem bei der so sehr ersehnten und vielversprechenden *Popularisirung oder Destruirung der Justiz* auf halbem Wege stehen bliebe, da doch *nach dem neuen Reformati- und Völkerbeglückungs-System* alles Bestandene absolut und vom Grunde aus umgestürzt und zertrümmert werden soll, um desto mehrere (*stinkende*) Lorbeern zu sammeln.

Nach der Versicherung des Hrn. Konferenzministers v. Globig \*\*) in Dresden, hat die französische Nation selbst den Wunsch nach der Verbesserung ihrer Gerichtsbarkeit erklärt; und die Deutschen sollten nachahmen, was die Franzosen selbst verwerfen? —

*Deutschland hat wahrlich kein Bedürfniss, fremde Gesetze aufzunehmen,*

---

\*) Beil. Nro. 19. zur *allgem. Zeit.* 1. J.

\*\*) *Censura rei judicialis europae liberae, praesertim germaniae novis legum exemplis illustrata. Auctore Joan. Ernesto a Globig, equite et jurisconsulto saxone. Lips. 1820.*



*sondern soll nur trachten, seine einheimischen Gesetze nach der dermaligen Kultur jedes Volks zu verbessern. — Daher sollten auch die französischen Strafgesetze, die unter andern selbst eine geschärfte Todesstrafe kennen, und wahrhaft mit Blut geschrieben sind, nicht vorschnell für deutsche Staaten abgeschrieben werden. — Der Gesetzgeber soll milde seyn. Nur wer menschlich fühlt, kann auch menschlich richten!*

Der Raport, welchen der Graf von Valence zu Paris in der Kammer der Pairs über das Gesuch der unglücklichen Familie Lesurque erstattete, hat vor Kurzem die Presse verlassen. Nicht nur Frankreich, sondern die ganze gebildete Welt nimmt an dieser Familie warmen Antheil, deren Vater auf eine unschuldige Weise verurtheilt und hingerichtet wurde. — Es ist eine auffallende Erscheinung, daß seit einiger Zeit mehrere Justiz-Morde in Staaten an das Licht kommen, wo das öffentliche Gerichtsverfahren eingeführt ist. — Einer der kenntnißreichsten Franzosen und mit ihm mehrere Zeitblätter stellen die Frage auf, ob denn die Geschworenengerichte nicht noch Ueberbleibsel aus dem rohen Zustande einer Nation und Anordnun-



gen sind, welche aus der Kindheit der Völkerschaften herrühren? — Möchten solche Beispiele und solche Urtheile doch auch diejenigen beherzigen, welche nichts Höheres kennen, als Geschwornengerichte, und auch die, in deren Berufe es liegt, auf die Gesetze und die Gerichtsverfassung ihres Vaterlandes einzuwirken.

In der Sitzung der Deputirtenkammer zu Paris am 13. Dez. 1821. kam unter andern Bittschriften auch die der Frau Lesurque von Paris vor. Die Geschichte des unglücklichen Lesurque ist kurz folgende. Vor 25 Jahren wurde der Kurier von Lyon auf der Strasse von Melun beraubt und ermordet. Einer der Mörder, Namens Courrial, wird zu Paris in dem nämlichen Hotel verhaftet, wo ein Herr Guesno, Landsmann und Bekannte von Lesurque, wohnte. Die Papiere dieses Guesno, welcher in einigen Verhältnissen mit dem Schuldigen gestanden zu haben schien, werden in Beschlag genommen; da aber die Obrigkeit nach strenger Untersuchung gar keine Anzeige gegen ihn vorfand, erlaubte man ihm, dieselben auf dem Polizeibureau wieder abzuholen. Hier fängt Lesurque's Unglück an. Guesno begegnet ihm, und macht ihm den Vorschlag, ihn auf das



Zentralbureau zu begleiten; er willigt ein, beide traten gerade in dem Augenblicke ein, wo man gegen die Mörder des Kuriers in Untersuchung begriffen war, und wo die Zeugen in dem Vorzimmer des Untersuchungsrichters versammelt waren. Durch einen unglücklichen Zufall (?!) begab es sich, daß Lesurque auffallende Aehnlichkeit mit einem der abwesenden Verbrecher hatte. Der einzige Unterschied bestand in der Hauptfarbe; Lesurque war blond, der andere braun: es ist aber seitdem erwiesen worden, daß der Mörder am Tage der Mordthat eine blonde Perücke aufgesetzt hatte, um sich unkenntlich zu machen. — Zwei von den Zeugen, getäuscht durch die Aehnlichkeit beider Individuen, glaubten den Mörder zu erkennen, und bezeichneten ihn sogleich dem Untersuchungsrichter. Quesno und Lesurque werden verhaftet; der Prozeß nimmt seinen Lauf, und die Zeugen beharren auf ihrer Aussage. Guesno beweist auf eine unzweifelhafte Art seine Abwesenheit vom Schauplatze der Mordthat (alibi); er wurde von der Anklage freigesprochen. Lesurque wendete das nämliche Mittel an. Zwei achtbare Künstler erklären, am Tage des Mords den ganzen Tag mit ihm zugebracht zu haben. Lesurque berief sich auch auf das Zeugniß eines Bijouteriehänd-



lers, bei welchem er am Abende desselben Tages Einkäufe gemacht hatte. Der Kaufmann bezeugte die Wahrheit dieser Thatsache; allein durch einen andern unglücklichen Zufall (!) befand sich das Datum des Tags auf den Registern verschrieben. Dieser einzige Umstand, in Verbindung mit der Beharrlichkeit der beiden Zeugen auf ihren Aussagen, rifs (!) die Richter hin. Lesurque, Courrial, und einer Namens Bernard, wurden an einem Tage zum Tode verurtheilt. Kaum weifs Courrial das unwiderruflich gegen ihn ausgesprochene Urtheil, so erwacht in ihm der Gewissensbiss. „Lesurque ist unschuldig,“ ruft er, „niemals habe ich ihn gekannt. Meine Mitschuldigen sind: Vidal, Rossi, Durochal und Dubosc, dessen Aehnlichkeit mit Lesurque die Zeugen getäuscht hat.“ Diese Aussage wurde durch die Erklärung eines Weibes bekräftigt, das mit Courrial in Verbindung stand. Die Beweise für die Unschuld des Lesurque schienen so augenscheinlich zu seyn, dafs das Gericht darüber an das Direktorium berichten zu müssen glaubte. Das Direktorium wendete sich an den Gesetzgebungs Körper; denn ein einziger Verstofs in der Form konnte ein Kassations-Dekret begründen. Der Gesetzgebungs - Körper gieng auf den Bericht einer Kommission zur Tages-



ordnung über, weil die Entscheidung der Jury keine Appellation zuliefs. — Lesurque starb auf dem Blutgerüste!! Seitdem (sic!) ist die Wahrheit von Courrial's Erklärung ausser Zweifel gesetzt worden. (Hört!) Dubosc fiel endlich der Gerechtigkeit in die Hände. Man liefs die nämlichen Zeugen vor ihn kommen, die sogleich ihren unglückseligen Irrthum erkannten. Es ward erwiesen, dafs Dubosc der Mörder war, Indessen hatte Lesurque das Leben verloren, sein Vermögen war eingezogen, sein Andenken blieb geschändet. — Ein Unschuldiger, durch unglückliche Verwechslung (!?) zum Tode verurtheilt und hingerichtet, ist eine von jenen Begebenheiten, die in der Seele einen tiefen Eindruck von Trauer und Schrecken hinterlassen. *Wovon hängt das menschliche Schicksal* (bei schlechtem Zustande der Gerichtsbarkeit!!) *ab*, wenn ein Familienvater, ein rechtschaffener und friedfertiger Bürger sich auf einmal, ohne hinlängliche Beweise, aus den Armen seines Weibes, seiner Kinder gerissen, als Verbrecher erklärt und auf das Schaffot geschleppt sehen kann? — Diels war das Schicksal von Calas, und von Lesurque's. Alle Schritte, die geschehen sind, um des Letztern Andenken wieder zu Ehren zu bringen, waren frucht-



los; man setzte ihnen die Unbiegsamkeit des Gesetzes entgegen. Frau Lesurque hoffte nun von der Kammer diese Ehrenerklärung zu erhalten, und zählte *mehrere von der höchsten Behörde ungültig gemachte Entscheidungen der Geschwornen her!* — Die Bittschrift wurde an den Justizminister gesendet.

Nach den neuesten öffentlichen Nachrichten ist *die Familie des unglücklichen, vor geraumer Zeit unschuldig hingerichteten Lesurque aus der Staats-Kasse mit 3000 Franken begünstigt worden, entschädigt darf man aber nicht sagen; denn welcher Sterbliche vermag eine Blutschuld mit Geld abzukaufen!* — —

Die Geschichte, die sich in London mit einem jungen Menschen, Namens White von guter Familie, 17 Jahre alt, zutrug, der wegen eines fälschlich angeschuldigten Diebstahls im Laufe des verflossenen Jahrs in Folge eines ungerechten Ausspruchs der *Jury* beinahe unschuldiger Weise wäre hingerichtet worden, ist ein neuer faktischer Beweis gegen die Geschwornengerichte! — —

Wer will es wagen, von unsern deutschen Gerichtshöfen, welche weder öffent-



liche und mündliche Gerechtigkeitspflege, noch Geschwornengerichte haben, ähnliche Beschuldigungen anzuführen? — Der Herr von Sparre-Wangenstein \*) behauptet aus seinen vieljährigen Amtserfahrungen in Ansehung der Jury: „So ist denn diese gepriesene, diese bis zum Himmel erhobene Jury, von der man gesagt, daß sie das Reich der Wahrheit hienieden wieder verpflanzen, Treue, Glauben und Unschuld wieder herrschend machen werde, bloß ein erbärmlicher Behelf für eine gebrechliche Staats-Maschine; ein pomphaftes Gaukelwerk, das um so täuschender wird, je blendender seine Aussenseite ist; ein fehlgethaner Griff in das Rad der Zeit, worin die Loose für Recht und Bürgerglück unablässig geschüttelt werden; eine unreife Frucht, dem Schoosse der französischen Revolution entsprossen.“ —

Welcher unbefangene Beobachter der Zeitgeschichte weiß nicht, daß gerade in denjenigen beiden großen Staaten, in welchen *Oeffentlichkeit der Rechtspflege und Geschwornengerichte am längsten eingeführt*

---

\*) Ueber Geschwornengerichte und das Verfahren in peinlichen Sachen. Leipzig, 1819. S. 60.



sind, Verschwörungen, Störungen der öffentlichen Ordnung, Gefährdungen und Verletzungen der *öffentlichen* Ruhe und allgemeinen Sicherheit vor den Augen der *staunenden* Welt immer von Neuem wiederkehren?

Wer, wir fragen laut — *vor Welt und Nachwelt* — wer kann den Beweis führen, daß z. B. die *baierische* Nation sich nach der öffentlichen und mündlichen Rechtspflege sehne? — Aber das Gegentheil ist allgemein bekannt und unläugbar. Unter den vor Kurzem im Drucke erschienenen *sieben Bitten eines 83 jährigen Baiern* (der die Wünsche seiner Mitbürger *durch den Lauf der Zeit und den steten Umgang* kennen gelernt hat) *an Se. Majestät den König und die hohen Stände des Reichs*, ist die erste, daß man das Land mit der öffentlichen Gerichtsbarkeit und noch mehr mit den Geschwornengerichten verschonen wolle, weil dieses Institut offenbar der Kindheit der Völker angehöre, und Baiern für dieses hohe Ideal der Theoretiker nicht reif sey. — Es amüsire auch noch überdies durch seine theatralischen Formen die Müßiggänger, öffne der Glanzsucht den Spielraum, und ziehe ausser manchem Scandale, die furchtbarsten Folgen für wahre Gerechtigkeitspflege nach sich, — —



In Ansehung der Oeffentlichkeit der Rechtspflege heisst es in dem baierischen Landtage vom Jahr 1819. Ein Versuch vom Verfasser der Nationalökonomie. Nürnberg, 1821. S. 52. : „So viel scheint gewiss, dass dieser Gegenstand, ausser den von der zweiten Kammer selbst bereits vorgeschlagenen Modifikationen, vorzüglich was die Oeffentlichkeit der peinlichen Rechtspflege betrifft, einer sehr umsichtigen Prüfung der nationalen Lokal-Verhältnisse und des Kulturgrades des Volkes (hört!) bedürfe, um als wohlthätig zu erscheinen, und dass insbesondere *in der peinlichen Rechtspflege* die Beachtung des nachtheiligen Einflusses der *dramatischen Form* (hört, hört!) auf die Unbefangenheit der Richter von grosser Wichtigkeit sey.“

Es ist für den unbefangenen und aufmerksamen Beobachter, der die Zeichen und psychischen Krankheiten unserer sehr bewegten Zeit kennt, zwar keine auffallende, jedoch traurige Erscheinung, dass nicht nur in periodischen Blättern, sondern auch in eigenen Druckschriften u. s. w. den Regierungen vorgespiegelt werden will, *als wünschten die deutschen Völker sehnlichst die öffentliche Gerichtsbarkeit*, von der sie grösstentheils eben



so viel wissen und verstehen mögen, als die Völker von Neapel und Sardinien von der spanischen Konstitution wußten, und verstanden, denen man nichts desto weniger den allgemeinen Wunsch nach der spanischen Konstitution in den Mund legte, während bei dem Ausbruche der Revolution, und dem Ausrufen der spanischen Konstitution, davon in Neapel, in Turin und Alessandria kein Exemplar vorhanden gewesen seyn soll! — So wird die öffentliche Meinung bestochen, und so will man unter dem grundlosen Vorwande: *gewisse neue Einrichtungen seyen Volksbedürfnisse und National-Wünsche*, solche gleichsam ertrotzen oder erschleichen. — Sapere audeamus! —

Bekanntlich sind in Deutschland sehr viele, wenn nicht sogar die meisten *von den wirklich praktischen Juristen*, und darunter gerade einige der einsichtsvollsten und erfahrensten (wohl gemerkt!) *bestimmt und ganz gegen die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege*. —

In Zeiten, wie es leider! die unsrigen sind, ist es aber allgemeine Mode, — daß immer nur die vorherrschende Parthei allein schreit, und alle Uebrige *öffentlich — verstummen!* — Vestigia terrent. —



In der *elften Sitzung* der zweiten Kammer der *badischen Ständeversammlung* (im April 1. J.) betrat der Abgeordnete *Ziegler* die Rednerbühne und motivirte in einer ausführlichen Rede seine früher angezeigte Motion:

Se. Königl. Hoheit um Vorlegung eines Entwurfs einer neuen peinlichen Gerichts- und Prozeßordnung unterthänigst zu bitten, deren Grundbestimmungen festsetzten: 1) daß das Hauptverfahren *mündlich* und *öffentlich* von dem urtheilenden Gerichtshofe vorzunehmen sey; 2) daß die Urtheilenden ohne an Beweisregeln gebunden zu seyn \*) schuldig, oder nicht schuldig auszusprechen haben; 3) daß die Entscheidung durch *Geschwornengerichte*

---

\*) Bei der bisherigen deutschen Rechtspflege, die man verwerfen will, mußten selbst bei der geringsten Strafe die Urtheilsgründe angegeben werden; nach der französischen, die man uns aufdringen will, wird jeder ohne Angabe eines einzigen Grundes — *hingerichtet!* — So wird also der *blinde Glaube*, den man aus der Religion mit so vieler Mühe zu verbannen suchte, wieder bei der Kriminal-Gerichtsbarkeit eingeführt — zur Ehre des philosophischen Jahrhunderts und eines Zeitalters, das alle verflossene Jahrhunderte an Beleuchtung und Erleuchtung übertreffen will! — —



zu ertheilen sey. — *Der Staats-Minister Freiherr v. Berckheim erhob sich hierauf, und gab im Namen der Regierung unter andern folgende sehr merkwürdige Erklärung:* „Ich halte mich, als Organ der Regierung, verbunden, bei Anlaß der so eben von dem Deputirten Hrn. Hofgerichtsrath Ziegler vorgetragenen, so wie der bereits angekündigten Motion wegen Trennung der Justiz von der Administration, einer hochansehnlichen Kammer bemerken zu müssen, daß die so eben bezeichneten Gegenstände der Regierung bis dahin keineswegs fremd geblieben sind, sondern daß wenige Monate nach dem Schlusse des letzten Landtages Se. königl. Hoheit der Großherzog eine Kommission zu ernennen geruheten, in deren Wirkungskreis es einschlug, sich mit den vorhin angedeuteten Vorschlägen zu befassen, wie dieses die Akten der Kommission und ihre oft wiederholten Kommunikationen mit den kompetenten Behörden auszuweisen vermögen. — Allein, sowohl die Wichtigkeit des Gegenstandes selbst, als die, durch dessen Realisirung bewirkt werdende, tief eingreifende Umwandlung in den seither bestandenen Staats-Organismus und lange her angewöhnten Formen erforderte eine Erwägung, welche die Erörterung mancher wichtiger Vorfragen bedingte, deren nur



oberflächliche Erledigung wahrlich nicht zu wünschen gewesen wäre, und es zudem Pflicht der Regierung ist, Abänderungen von solcher hohen Wichtigkeit vorerst reiflich zu überlegen und gründlich zu prüfen, um sie als ein, dem Wechsel nicht unterliegendes Ganzes darzustellen, welches, das Gepräg der Gedeihenheit tragend, dem Staate zur bleibenden Wohlfarth gereiche, und die Anerkennung des Auslandes eben so in Anspruch nehme.“ —

Um bestimmt zu wissen, was man in Deutschland bei der öffentlichen Gerichtsbarkeit von den *Geschwornen*, besonders von ihrer Unbestechlichkeit, Unabhängigkeit, Uneigennützigkeit und Unpartheilichkeit, von dem Einflusse ihrer Bekannten, Freunde und Verwandten etc. zu erwarten habe, braucht man keineswegs in das Ausland zu gehen, sondern man weiß darüber genug, und mehr, als genug, wenn man seit den letzten zwanzig Jahren in verschiedenen deutschen Ländern den Gang so mancher bürgerlichen Behörden und Beamten bei der *Polizei*, besonders bei Bestimmung der Taxen der Lebensmittel, bei der Aufsicht, Untersuchung und Bestrafung in Ansehung derselben, bei Verleihung gröfserer oder kleinerer Stellen, bei Ertheilungen von Ge-



werbsrechten, bei Untersuchungen und Bestrafungen von Polizeifreveln, besonders gewisser Leute u. s. w. beobachtet hat. —

Hat man doch schon selbst Volks-Deputirten gedroht, in Ständerversammlungen Zeichen des Beifalls und der Abneigung gegeben, um die Stimmenfreiheit zu unterdrücken und Privatabsichten zu erreichen. —

Oeffentliche Blätter meldeten unterm 4. Febr. aus *Madrid* Folgendes:

„Heute wurde bei den Kortes über die 3 Gesetzentwürfe, über die Pressfreiheit, das Petitions-Recht und die patritischen Gesellschaften debattirt, wobei sich die Köpfe heftig erhitzten. Es scheint selbst, daß einiges Gemurr auf den Gallerien entstand, und daß einige Abgeordnete, welche zu Gunsten der Gesetzentwürde gestimmt hatten, schwer beleidiget wurden. Graf von Toreno und Mortinez de la Roso sollen von Unzufriedenen bis in ihre Häuser verfolgt worden seyn.“ —

Im Oktob. 1821. las man in öffentlichen Blättern Nachstendes:

„Bei den letzten Assisen-Gerichten in einem Theile von Irland (in der Grafschaft



Limerit) konnte beinahe gar nichts entschieden werden, weil die Zeugen und die Ankläger durch zuvor angeheftete Anschläge der Aufrührer so abgeschreckt waren, daß sie nicht zu erscheinen wagten.“ — —

So hängt sonach bei der Oeffentlichkeit der Rechtspflege das Urtheil oder der Ausspruch von der Meinung und Gewalt des *Volkes* ab, dessen Gunst und Mißgunst sich bei öffentlichen Gerichten äussert, und in unsern Tagen, wo fast alles nach Volksgunst schnappt, nur äusserst verderblich werden kann. — *Auf diese Art käme also auch die Gerechtigkeitspflege wenigstens mittelbar in die Hände des Volkes*, würde also wieder ein Hoheitsrecht der höchsten Staatsgewalt und dem Souverain entzogen, und selbst *das Begnadigungsrecht und die Milderung der Strafen* von Seite des Regenten beschränkt und gehemmt. Principiis obsta! —

Da nun aber, *wie die Erfahrung lehrt, und laute Klagen bestätigen*, durch die *Popularisirung der Polizei* dieselbe in kurzer Zeit sehr verfiel, und sich die gemeinschädlichen Folgen dieses, in gegenwärtigen Zeiten doppelt beklagenswerthen Zustandes  
immer



immer noch mehr zeigen \*), so ist die Furcht unbefangener Kenner und aufmerksamer Beobachter nur zu gegründet, daß die künftige *Popularisirung der Justiz* ähnliche Resultate liefern und folglich neues Unheil veranlassen könne. — —

Nichts desto weniger wollen Deutsche, wovon einige noch vor wenigen Jahren den Code Napoleon und die französischen Gesetzbücher verdammt, und die öffentliche Gerichtsbarkeit verworfen hatten, nun wieder die französischen Gesetze auf deutschen Boden verpflanzen, wohl wissend, daß ausländische Namen und Sachen in Deutschland noch immer entscheiden und das Vorurtheil für sich haben. — Denn es scheint einmal Gewohnheit zu seyn, das Nahe, Einheimische und Bekannte tief zu verachten und hintanzusetzen, hingegen das Entfernte, Ausländische und Unbekannte hoch zu achten und hervorzuziehen. —

In Deutschland wird leider noch immer ausländisches Rauschgold den einheimi-

---

\*) Mein Entwurf eines Polizei-Gesetzbuches S. LXV. — Neuere Thatsachen und Beweise des Mangels an Polizei werde ich bei einer anderen Gelegenheit zur Sprache bringen. —



schen Barren vorgezogen. Bei Gelegenheit eines von Hrn. Neuhauser in Frankfurt verfertigten Basreliefs in Solenhofer Marmor stand in der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung folgende treffende Bemerkung:,, Leider ist das wahre, in stiller Bescheidenheit lebende Verdienst selten gekannt, weil man es nicht aufsucht. Wäre dieses höchst gelungene Werk dem klassischen Boden *Italiens* oder in *Frankreich* entsprossen, so wären längst alle öffentlichen Blätter davon voll, und Akademien und Journale verkündeten sein Lob; allein auf dem magern Boden Deutschlands gedeihen die Lorbeern nur selten.“

*Das Finanz-System* ist in allen Staaten der wichtigste, aber auch der schwierigste Zweig der Verwaltung. Dieß sollte man mit der Fackel der gesunden Vernunft und der Erfahrung beleuchten. — — Hoc opus! —

*Die deutschen Völker, die ich seit einer langen Reihe von Jahren vom Süden bis zum Norden genau kennen gelernt, und selbst beobachtet habe, verlangen eben so wenig die öffentliche Gerichtsbarkeit, als sie eine Revolution wünschten; sie wissen und verstehen von ersterer wenig oder nichts. — Die deutschen Völker haben, wohl gemerkt!*



*ganz andere Bedürfnisse, Wünsche und Hoffnungen — Erleichterung in Hinsicht der Abgaben, und Beförderung der Gewerbe und des Handels* \*). —

In meinem Entwurfe eines Polizei-Gesetzbuches heisst es S. 78—79:

---

\*) Im Nürnbg. Korresp. 1822. Nro. 24. heisst es:

„Aus *Sachsen*. 19. Jan. Die Fabriken und Manufakturen stocken in Sachsen, wie anderwärts in Deutschland. Man fühlt dieß um so schmerzlicher, da man sonst frei dahin verkehrte, wo schwere Zölle lasten.“

Sylverio, an meine Mitbürger! Antwort auf die höchst wichtige Frage: Wie kann dem Verfall des Handels und der Gewerbe im Allgemeinen, insbesondere aber im Vaterlande Baiern abgeholfen werden? München, 1821.

Zwick, J. A., über Abnahme der Zölle und die wahren Gründe des beinahe allgemein verfallenen deutschen Handels, dann die möglichen Mittel, wie beiden, und zwar ohne besondern Kostenaufwand jedes Bundesstaats wieder abzuhelfen wäre.

Derselbe, der Baier, oder patriotische Vorschläge zur vorläufigen Deckung des Defizits in dem jährlichen Budget des allgemeinen Staatshaushaltes in Baiern.



„Die biedern deutschen Völker wollen keineswegs die französische Gerichtsordnung oder die spanische Konstitution, sondern eine allmälige thunliche Erleichterung oder gleichheitlichere Vertheilung in Ansehung der Abgaben, möglichste und baldigste Entfernung der hauptsächlichsten Hindernisse der Landes-Kultur oder der Erweiterung und Verbesserung des Ackerbaues, der National-Industrie, der Gewerbe, der Künste und des Handels, ungehinderten und freien Handelsverkehr in ganz Deutschland, freie Einfuhr seiner Handelswaaren in allen deutschen Bundesstaaten und auch in fremden Ländern, Einheit von Maafs, Gewicht und Münze in ganz Deutschland, viele und gute Kommunikationswege zu Wasser und zu Land, besonders zahlreiche Wasserwege, Verminderung der gemeinschädlichen Zoll- und Mauthlasten, mässige Tarife des Porto's bei den reitenden, vorzüglich aber bei den fahrenden Posten u. s. w.“ Diese hochwichtigen und allgemein nützlichen Aufgaben, ich muß es offen und frei bekennen, sind nach meiner innersten Ueberzeugung, die dringendsten Bedürfnisse und sehnlichsten Wünsche deutscher Völker, die mit reiner Verehrung gegen ihre angestammten Regenten, mit stiller Ergebung in die Noth der Zeit



und voll Vertrauen einer Erleichterung ihres Schicksals entgegensehen.“

Vor Kurzem las man in öffentlichen Blättern Nachstehendes:

Die projektirte Vereinigung der Lippe und Ems soll jetzt wirklich zur Ausführung gebracht werden. Handel, und *freier* Handel ist das Lebens-Prinzip der Staaten, wie sie jetzt sind. Eben so wenig augenblicklich bemerkbar, wie die Zirkulation des Bluts im menschlichen Körper, aber nicht minder nothwendig zur Erhaltung der politischen Vitalität, wie jene zur physischen, sind dessen Wirkungen. Wer bloß im engen Kreise lebt, ohne Etwas von den Kräften und Ursachen zu ahnen, welche das rastlose Drängen und Treiben der menschlichen Gesellschaft veranlassen und unterhalten, der betrachtet freilich den Handel nur als einen besonderen *Nahrungszweig*. Wahrhaft aufgeklärte Staatsmänner werden indessen jederzeit dem Prinzip seiner unbedingten Freiheit huldigen, und über ihre wahren Intressen belehrte Nationen werden sich nicht gegenseitig die Vortheile des Bodens, der Lage, und ihren Reichthum beneiden, sondern sich vielmehr einander hülfsreiche Hand leisten, um durch un-



gehinderten und möglichst erleichterten Austausch ihrer verschiedenen Erzeugnisse ihr Vermögen auf die der vernünftigsten Beförderung eines allgemeinen Wohlseyns am meisten zusagende Weise geltend zu machen und zu benutzen. Die Ausführung des oben erwähnten Projekts wird gewiß dereinst weltgeschichtlich merkwürdig. — Es schließt sich an ein anderes: die unmittelbare und gerade Verbindung der Nordsee, des Rhein- und Mainstromes mit dem mittelländischen Meere, durch die Mosel und Rhone. Hiedurch würde Deutschland dem Einflusse Englands, und dessen Schiffahrt den Vexationen der Barbaresken entzogen werden. — Ueberdies würden hiedurch die Assekuranz-Kosten bedeutend vermindert, vor Allem aber der deutsche Eigenhandel erleichtert, und demselben die Speculations-Geschäfte des ganzen östlichen Europas gesichert werden. Käme nun noch hinzu, daß die Dardanellen und der Kanal von Konstantinopel frei von jedem willkürlichen Einflusse gemacht werden dürften, so würde nicht bloß der levantische Handel aufhören, das fast ausschließliche Monopol *Eines* Volks zu seyn, sondern es möchte sich hieraus ein gemeinschaftliches Interesse Deutschlands und seiner Nachbarn ergeben, wodurch nicht allein dem Handel die wahre



Freiheit zu Theil, sondern auch der Friede im Herzen Europa's für lange Zeit gesichert würde.“

*Die preussische Staatszeitung* meldete aus Frankfurt vom 30. Nov. v. J.: „Die Papiere sind neuerdings zum Vortheil der Agio-teurs fortwährend gestiegen. Dies ist auch der einzige Geschäftszweig, in welchem Etwas gethan wurde. Alle Handlungen, die ihre Hauptgeschäfte in benachbarten deutschen Staaten machen, haben sich durch die Erschwerungen, die ihnen die vielen Mauten überall in den Weg legen, gemüsst gesehen, den größten Theil ihres Verkehrs aufzugeben.“ —

Die Herstellung einer *National-Oekonomie-Kammer* \*), so wie eine *zeitgemässe Kultur-, Gewerbs- und Handels-Polizei*, dann die Zuziehung aufgeklärter Kenner der National-Oekonomie bei der Revision oder Bearbeitung der Zoll- und Mautgesetze, könnten Wunden heilen, die ausserdem noch lange bluten werden. — Ein allgemeines und höchst dringendes Bedürfnis ist auch noch *eine vollständige und durchgreifende, wirkliche Verbesserung der ge-*

---

\*) Mein Entwurf eines Polizei-Gesetzbuches, S. 409.  
Vergl. mein Handbuch der Staatswirthschafts- und Finanz-Wissenschaft. Th. I. S. 290.



*sammten Polizei-Praxis*, nachdem seit einiger Zeit immer über nächtliche Einbrüche und Diebstähle, über Unsicherheit auf den Landstrassen, über räuberische Ueberfälle, selbst über Brandstiftung u. s. w. so laut geklagt wird! Dies ist der sehnlichste Wunsch aller Gutgesinnten, die den täglich sichtbarer werdenden *Polizei-Verfall* mit Wehmuth beklagen, und die traurigen und gemeinschädlichen Folgen desselben mit Recht sehr fürchten. — Eine wirklich gute Polizei-Verfassung und eine derselben in der That entsprechende Polizei-Verwaltung — ist für das Ganze und für die Einzelnen höchst wichtig, und hat die nützlichsten Folgen, erspriesslichere, als eine *Justiz-Reform nach fremden Formen*. — Die Polizei trifft das ganze Volk und jedes Individuum, und zwar mannigfaltig. Bei der rücksichtslosen und unabhängigen Handhabung der Polizei sind alle Bürger und Einwohner des Staates, selbst alle im Lande Reisende, oder daselbst befindliche Fremde in hohem Grade interessirt. —

Gleiche Ansprüche bei gleichem Verdienste, und gleiche Lasten bei gleichem Vermögen sind ebenfalls gerechte Forderungen und allgemeine Wünsche und Bedürfnisse. — Hic Rhodus, hic saltus! — —



Die Wahl der Männer, deren sich die Regierung als Organe bedient, ist wichtig. Talent und Tüchtigkeit sollen mehr als Nepotismus und lange Dienstzeit den Weg zu Staatsämtern und Ehrenstellen bahnen.

*Blofs das Verdienst* soll ein Recht haben auf öffentliche Stellen und selbst auf hohe Stufen des Staatsdienstes. Jede Gerechtigkeit und Auszeichnung, welche dem Verdienste wiederfährt, ist eine Ehrenbezeugung, welche der Menschheit geschieht, dem Staate, der Männer von Verdiensten die seinigen nennt, an deren Menge man den Geist der Regierung und den Flor der Wissenschaften und Künste erkennt. So wird das schöne Ziel erreicht, werden Talente und Verdienste überall unparteiisch gewürdigt und angemessen belohnt, Wissenschaften und Künste in der That begünstigt und aufgemuntert, alle reif durchdachte und wohl berechnete Vorschläge gehört, beherzigt und befolgt, gemeinnützige Erfindungen und Entdeckungen befördert und ausgezeichnet, und allseitige und gründliche Prüfungen aller Gegenstände der inneren Staatsverwaltung — aller Gesetze und Anstalten derselben veranlaßt und berücksichtigt. —



Heut zu Tage fordert die allgemeine und laute Stimme aller kultivirten Nationen :

*gleichmässige und mit dem gesammten Eigenthume im Verhältniss stehende Steuern*\*).

Diese Gleichheit der Beiträge zu den Staatslasten ist in rechtlicher und national-ökonomischer Hinsicht nothwendig.

*Eine gleiche Besteuerung* aller Staatsbürger ist das grosse und wichtige Problem, das die Finanz-Kunst lösen sollte! — Es soll aber nicht blofs in Ansehung einer einzelnen Besteuerungsart, sondern in Ansehung aller Steuerarten eine bestimmte Gleichförmigkeit herrschen. — Daher ist es gleichsam ein Axiom, das so lautet :

„Alle Staatslasten müssen auf Alle gleichmässig vertheilt werden, und kein Stand und kein Individuum soll zu Gunsten eines andern gedrückt werden.“

Wenn aber die allgemein höchst wichtige Aufgabe der Gleichheit der Belegung und Besteuerung *in der That und allgemein* gelöst werden soll, so ist durchaus erforderlich und unerläßlich :

---

\* ) Mein theoretisch - praktisches Handbuch der gesammten Steuer-Regulirung. Th. II. S. 8.



- 1) *Gleichheit in Ansehung der Grundsätze der Besteuerung;*
- 2) *Gleichheit in Ansehung der Anwendung.*

*Das einzig gerechte Steuer-System gründet sich auf die ökonomische Gleichheit in Ansehung aller zu erhebenden Abgaben, die mit dem nutzbaren Eigenthume oder werbenden Vermögen — das dem Staatsbürger Vortheil und Nutzen bringt — mit dem Ertrage und Erwerbe im genauesten Verhältnisse steht.*

Merkwürdig und allgemein interessant ist nachstehender Auszug aus dem *Sachs. Weimarschen Abschätzungs-Regulativ zur Leistungsfähigkeit aller Staatsbürger:*

Durch frühere Beschlüsse des Weimar'schen Landtags ist nämlich die künftige Herstellung eines *allgemeinen Steuer-Grundgesetzes* für das Großherzogthum ausgesprochen worden, welches auf drei Hauptbesteuerungsarten gegründet werden soll, deren erste die *Grundsteuern*, welche allein von den grundstückbesitzenden Staatsbürgern entrichtet werden, deren zweite die *indirekten Steuern* (Aufschläge auf alle Bedürfnisse des Lebens etc.) umfassen, und deren dritte auf



die *Leistungsfähigkeit aller Staatsbürger*, gleichmäfsig und *ohne Ausnahme*, nach *ihrem Vermögen* berechnet werden soll.

Die Leistungsfähigkeit aller Staatsgenossen zu erforschen, ist der Zweck der jetzt ergangenen Verordnung, und er soll durch eine *Abschätzung* erreicht werden, welche 1) alles unbewegliche Vermögen der Staatsunterthanen im Lande, das einen reinen Ertrag giebt, 2) alles bewegliche Vermögen derselben, welches einen reinen Ertrag giebt, oder Zins abwirft, und 3) alle Erwerbs- und Geschäftsthätigkeit der Staatsunterthanen, als solcher, welches ihnen ein jährliches reines Einkommen gewährt, begreifen wird. — Die Abschätzung soll durch besondere *Abschätzungs- Behörden* geschehen, die, aus wenigstens fünf oder neun Personen verschiedener Klassen in jedem Orte bestehend, von den Einwohnern nach der Weise der landständischen Wahlmänner durch Stimmenmehrheit frei gewählt werden. Die zu Wählenden müssen sich des Rufs der Rechtlichkeit erfreuen, und überhaupt in Achtung bei ihren Mitbürgern stehen; und zur Ablehnung des unentgeltlichen Amtes berechtigen sie nur diejenigen Gründe, die von der Uebernahme einer Vormundschaft gesetzlich befreien.



Ueber ihnen stehen in jedem Kreise *Kreis - Ausschüsse* aus den Landräthen des Kreises, einem Staatsdiener, einem Rittergutsbesitzer, einem Landwirth aus dem Bauernstande und vier Personen aus der Klasse der Gewerbtreibenden zusammengesetzt, als höhere Behörden, die zugleich auch mit Zuziehung dreier Rittergutsbesitzer die Ritter- und Freigutsbesitzer abschätzen. Das Ganze leitet eine besondere *Steuer - Immediat - Kommission*.

Die Abschätzung soll auf folgende Weise geschehen. Der Abzuschätzende wird zur genauen Angabe der Abschätzungs-Gegenstände, ihrer Beschaffenheit und ihres Werths aufgefordert. Beruhigen sich die Abschätzer bei dessen Angaben, so ist die Schätzung vollendet.

Finden sie dagegen die Angaben mangelhaft, unrichtig oder zu gering, so schätzen sie selbst nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung, auf den Grund der gegebenen Vorschriften und nach beliebig einzuziehenden Erkundigungen. Dieses Ergebniss legen sie den Geschätzten zur Anerkennung vor. Erachten sich dieselben dadurch beschwert, so kommen sie in den Fall, durch genaue Verzeichnung und Werthsangaben der abzu-



schätzenden Gegenstände, so wie durch Vorlegung von Rechnungen und Aufstellung anderer Beweismittel ihren Widerspruch zu rechtfertigen.

Dies geschieht zunächst bei der Ortsobrigkeit, welche alle Beschwerden in erster Behörde entscheidet; in zweiter Behörde entscheidet der betreffende Kreisausschuß, in dritter und letzter die Immediat-Kommission.

*Kultur der Völker und Länder, Beförderung der National-Industrie, des Ackerbaues, der Gewerbe und des Handels, Vergrößerung des Wohlstandes der Einzelnen und des National-Reichthums sind die Basis der Macht und Stärke der Staaten.*

*Sicherheit der Person und des Eigenthums sind die Bedingungen der Entstehung, Zunahme und Fortdauer aller Industrie. Daher haben auch Polizei-Anstalten in mehr, als einer Rücksicht, vortheilhafte Folgen für Ackerbau, Gewerbe und Handel. Wenn die Polizei, ihrer Bestimmung gemäß, jedem Einwohner im Staate Sicherheit, gesetzliche oder rechtliche Freiheit und Ruhe gewährt; wenn sie Betrügereien und Diebstäle, Brandstiftungen und Feuer- und Wasserschäden,*



Viehseuchen und Epidemien unter den Menschen verhütet, und dafür sorgt; daß Niemand in der Anwendung seiner Kräfte und in dem Gebrauche seines Eigenthums gehindert oder beeinträchtigt werde, so hat sie auf die *drei grossen National-Gewerbe* — auf Ackerbau, Fabrikation und Handel — den wohlthätigsten Einfluß, der aber leider öfters vermisst wird. —

Ein grosses Hinderniß einer den gegenwärtigen Verhältnissen und Bedürfnissen angemessenen *Polizei-Verfassung und Polizei-Praxis* ist der allgemeine Mangel eines *Polizei-Gesetzbuches*, an dem es bis jetzt in allen deutschen Staaten gefehlt hat. — —

Von der hohen Wichtigkeit einer wohlgeordneten Handhabung der Polizei überzeugt, erliesen Se. Königl. Hoheit der Kurfürst von Hessen unterm 27. Nov. v. J. eine Verordnung, die, wie es im Eingange heisst, verfügt: „in Erwägung, daß für die, durch die Staatswohlfahrt erheischten schleunigen Maassregeln der Sicherheits- und Ordnungs-Polizei eine eigene, unter Unseren unmittelbaren Befehlen stehende Oberbehörde erforderlich ist,“ — die Bildung einer *Ober-Polizei-Direktion*, welche unmittelbar unter den Befehlen des



Landes-Regenten selbst steht, und nur an ihn ihre Berichte erstattet. Das Ministerium des Innern kann daher, ohne besondern Befehl, die von demselben getroffenen Maassregeln nicht aufheben, sondern hat seine deshalbigen Bedenken Sr. königl. Hoheit vorzutragen.

Die Regierungen dürfen, wenn sie gleich die von dem Ober-Polizei-Direktor getroffenen Maassregeln für nachtheilig und ihn zu deren Ertheilung nicht für befugt halten, in die Verfügung desselben nicht eingreifen, sondern sie müssen deshalb an das Ministerium des Innern berichten, welches nach Befinden davon weiter Anzeige zu thun hat.

Kaiser *Franz* verkündete durch ein Patent vom 3. Sept. 1803. sein „Gesetzbuch für Verbrechen und schwerer Polizeiübertretungen, dessen verbindliche Kraft in allen deutschen Erbländern mit dem ersten Januar 1804. eintrat.“ Bei seiner Entstehung herrschte weislich jene Bedächtlichkeit und jenes edle Streben, *unparteiische Stimmen über den Entwurf zu vernehmen, welche die erste Bedingung eines vollkommenen Gesetzbuches ausmachen.* — Zuerst wurde ein Entwurf verfaßt, und der in den verschiedenen Provinzen eigens aufgestellten Kommission zur Prü-



Prüfung mitgetheilt. Man zog *Theorie und Erfahrung* zu Rath, und nachdem man die Erinnerungen der Sachverständigen benützt hatte, erhielt der verbesserte Entwurf die Sanktion als Gesetzbuch. —

Bekanntlich erschien im Sept. 1808. ein Entwurf eines peinlichen Gesetzbuches für die deutschen Staaten des Königs von Dänemark auf königl. Befehl mit einem besondern Publikations - Patente, das allgemeinen Beifall fand, und die größte Aufmerksamkeit verdient. Dieses berühmte Patent stellte die Vervollkommnung des Gesetzbuches unter die Garantie *der allgemeinen Prüfung*. — Der König verpflichtete alle Gerichte dieser Herzogthümer, *innerhalb Jahresfrist* über den Entwurf ihr umständliches Bedenken zu erstatten, und Er forderte zugleich das sachverständige Publikum sowohl in der Monarchie als im Auslande auf, der Juristen Fakultät auf der Universität zu Kiel bis zum 31. Dez. 1809 schriftliche Beurtheilungen des Entwurfes einzusenden. Der König von Dänemark munterte hierzu durch drei Preise auf.

*Das allgemeine Landrecht des preussischen Staates* bleibt auch ein unvergängliches Denkmal für diejenigen, welche mit einem so redlichen Eifer und mit einem so



glücklichen Erfolge in der würdigen Epoche der preussischen Gesetzgebung an diesem Werke gearbeitet haben. Der Großkanzler hielt es für zweckmässig, zuvörderst einen Plan auszumitteln, nach welchem die Bearbeitung erfolgen sollte, um demnächst *die Quellen* zur Legislation gehörig vorzubereiten. Um den ersteren zu erhalten, erliess er an mehrere Praktiker und geschickte Theoretiker Aufforderungen, ihm einen solchen Plan einzusenden. Es wurden noch neue Hilfsarbeiter angenommen.

Nun kam es zur Publikation des Entwurfs. In sechs verschiedenen Abtheilungen vom Jahre 1784 bis 1788. ist der Entwurf eines allgemeinen Gesetzbuches für die preussischen Staaten gedruckt erschienen. — Er wurde aus dem Grunde dem Publikum mitgetheilt, damit zuvörderst die Meinungen und Erinnerungen desselben, besonders der Sachverständigen gesammelt werden konnten, bevor es wirklich in Gesetzeskraft träte. *Dießs Verfahren ist in der That musterhaft und verdient allgemein nachgeahmt zu werden, es mögen was immer für neue Gesetzbücher einzuführen seyn.* — Um nun den beabsichtigten Zweck zu erreichen, und die Monita der Sachverständigen zu erhal-



ten, wurden von dem preussischen Großkanzler folgende Maalsregeln getroffen. Sobald eine Abtheilung erschienen war, sandte er Exemplare den damals berühmten praktischen und theoretischen Juristen, auch andern Gelehrten, wenn es auf Sachkenntniß ankam, besonders Sachverständigen zu, und erbat sich ihre Erinnerungen, die von zwei und fünfzig Moniten wirklich eingekommen sind. Um sachkundige Bemerkungen zu erhalten, ergieng vermittelt Vorerinnerung zur ersten Abtheilung des ersten Theils des Entwurfs die öffentliche Aufforderung an philosophische Rechtsgelehrte und praktische Juristen, den Entwurf zu prüfen, und ihre Erinnerungen einzusenden. — Von Friedrich dem Großen war zu diesem Behufe eine doppelte Prämie für die gründlichste Prüfung jeder Abtheilung ausgesetzt, und es giengen für die obigen sechs Abtheilungen nicht weniger als 63 Preisschriften ein. — Der erste Preis bestand in einer goldenen Medaille von 50 Dukaten, für denjenigen bestimmt, der über eine ganze Abtheilung die gründlichsten und vollständigsten Bemerkungen einsandte. Der zweite Preis bestehend in einer dergleichen Medaille von 25 Dukaten wurde demjenigen zuerkannt, welcher nur einen einzelnen Titel einer Abtheilung am genauesten und voll-



ständigsten prüfte und beurtheilte. Ausser den goldenen Preis-Medaillen wurden gewöhnlich noch den Verfassern derjenigen Abhandlungen, welchen das Accessit zugesprochen worden war, Silberabdrücke jener Medaillen zugesendet. Auf der Vorderseite der grossen Medaille ist die Gerechtigkeit, mit etwas zurückgeschobener Binde, abgebildet, in der linken Hand die Wage haltend, in deren ersten Schaale Zepter und Krone, in der andern aber Pflugscharr und Hirtenstab gegen einander abgewogen werden. Mit dem Schwerdte in der Rechten zeigt sie, auf zwei seitwärts liegende Bücher Ordo judicialis. Codex legum, mit der Umschrift: quaere veritatem et legem doce. Auf der andern Seite sieht man das Brustbild des Königs mit der Aufschrift: Fridericus Legislator. 1784.

*Wenn die Gesetzgebung jenen Grad von Vollendung erhalten soll, dessen sie bedarf, muss jeder wichtige Gedanke, jeder gute Vorschlag benützt werden. — Sonst könnte sich leicht der Glaube verbreiten, die neuen Gesetzbücher seyen Werke der Ueber-eilung. — —*

Eine weise Regierung muss nicht nur öffentliche Untersuchungen der wichtigsten



Staatsangelegenheiten und der verschiedenen Zweige der Staats-Administration nicht hemmen, sondern vielmehr begünstigen und *die allseitige und gründliche Prüfung* wichtiger Gegenstände der inneren Staatsverwaltung — der Polizei, Justiz, Staatswirthschaft und Finanz veranlassen und befördern. — Auf diesem Wege *allein* ist es möglich, neuen Gesetzentwürfen und neuen Einrichtungen die größte Vollendung zu geben, sie über jeden gegründeten Tadel zu erheben, und für *längere* Zeit brauchbar zu machen. Davon sind gewiß *fast alle gelehrte Geschäftsmänner und denkende Staats-Praktiker* überzeugt\*). —

Nur auf diese Art kann man hoffen, daß endlich möglichst vollkommene, *für den Geist deutscher Völker passende Gesetzbücher* zum Vorschein kommen werden. — „Ein richtiges Urtheil, ob ein Gesetzbuch vollkommen seyn soll,“ sagt der berühmte Hr. Staatsrath und Ritter *von Jakob* \*\*) „kann nur von solchen Personen erwartet werden, die ihren

---

\*) Meine Beiträge zur Revision der Gesetzgebung; Erlangen, 1817. S. 15.

\*\*) S. dessen Entwurf eines Kriminal-Gesetzbuches für das russische Reich. Halle, 1818. S. 30.



Geist wissenschaftlich ausgebildet, welche die Gesetzgebung recht eigentlich studirt haben und alles erkennen, was zur schulgerechten philosophischen Vollkommenheit eines Werkes gehört.“ *Diefs verdient die tiefste Beherzigung.*

Hr. Staatsrath und Präsident *von Feuerbach* (Kritik des Kleinschrodischen Entwurfs Bd. I. S. 18.) behauptet, daß ein Kriminalist dem Entwurfe eines Polizei-Gesetzbuches durchaus nicht gewachsen sey, sondern hiezu ein Mann erfordert werde, der auch in der Theorie der Polizei-Wissenschaft bewandert sey.

Auch bei der Revision oder neuen Bearbeitung der Wechsel- und Handelsgesetzbücher sollten Kenner der Natur-Gesetze der National-Oekonomie zugezogen werden. —

*Auf diese Art kann die materielle Sphäre der Gesetzgebung erschöpft, und können die Gesetze negativ und positiv, formell und materiell vollendet und dauerhaft begründet werden. —* Das in formeller Beziehung gerechteste Gesetz kann in materieller Hinsicht ungerecht seyn, wenn die besondere Materie oder das Objekt in einer dem Gesetzgeber nicht vollständig und genau be-



kannten Sphäre liegt. — Es kommt nämlich bei den einzelnen Arten der Gesetze nicht bloß auf das Formelle, sondern ganz besonders auch auf das Materielle an, und davon hängen Vollendung und Anwendbarkeit der Gesetze ab. — —

In einem Gesetz-Kollegium sollten daher nicht bloß musterhafte Juristen, sondern auch ausgezeichnete Kenner der National-Oekonomie und tüchtige Polizeimänner Sitz und Stimme haben, um jede Einseitigkeit oder Unrichtigkeit zu vermeiden, und die möglichste Vollkommenheit und Dauer aller Gesetze zu erreichen. — Omnes, sed non omnia possumus! —

*Nur dann, aber auch nur dann, wenn jeder besondere Zweig der Gesetzgebung von wissenschaftlich gebildeten Sachverständigen einzeln, gründlich und vollständig bearbeitet wird, kann sich die Legislation dem vorgesetzten Ziele der allseitigen Vollkommenheit allmählig nähern, der Sache selbst und den Verhältnissen angemessen seyn, den Bedürfnissen des Volks und den Hoffnungen der Regierung entsprechen\*).* —

---

\*) Meine rationellen Beiträge zur Reform der Gesetzgebung, Erlangen 1822. Erster Band, in



So können zweckmäßige und der Zustimmung unbefangener Sachverständiger sich erfreuende *Gewerbs- und Kultur-Gesetze*, dann *Maut und Zoll-Gesetze*, auch *Wechsel- und Handels-Gesetze*, und endlich auch eine stichhaltige *Dienstgesinde-Ordnung* entstehen \*), im Gegensatze jener Vorschläge, die schon bei ihrer Erscheinung den Keim der Zerstörung in sich tragen oder sogleich die allgemeinste Mißbilligung finden.

Wer es besser weiß, und das Gegentheil beweisen kann, der trete auf, und widerlege meine, *vorurtheilsfreien, unpartheiischen und sachkenntnißvollen Theoretikern und Praktikern* ganz einleuchtenden Behauptungen, deren Wichtigkeit für Regierungen und Völker, so wie für Einzelne vor Augen liegt.

---

welchem sich nachfolgende Abhandlung befindet: Ueber die Eigenschaften guter Gesetze, über die allgemeine Wichtigkeit der Gesetzbücher, und über die Nothwendigkeit einer beständigen Gesetz-Kommission mit bestimmten Sektionen.

\*) In meinem Entwurfe eines Polizei-Gesetzbuchs findet man Beiträge zu Kultur-, Gewerbs- und Handels-Gesetzen S. 370 — 417, und auch eine vollständige Dienstbotenordnung S. 418 — 446.



*Die Entwürfe der einzuführenden Gesetzbücher müssen gedruckt und dem gebildeten Publikum zur Beurtheilung vorgelegt werden. — Denjenigen, welche die besten Anträge oder die zweckmässigsten Bemerkungen über Mängel der Materie und Form liefern würden, sollten angemessene Belohnungen versprochen werden. Endlich soll eine, aus unpartheiischen und in dem Fache des zu prüfenden Zweiges der Gesetzgebung sehr geschickten Männern zusammengesetzte Prüfungs-Kommission mit der Fackel der gesunden Vernunft und der Erfahrung das neue Gesetzbuch beleuchten, und die Mängel desselben entdecken und verbessern. — Aber eine eben so unpartheiische als freimüthige und mit vollständiger und gründlicher Sachkenntniss unternommene Prüfung neuer Gesetzbücher ist nur von solchen Männern zu erwarten, die nicht schon längst und im Voraus Parthei genommen und für die Annahme fremder Gesetze und Formen bereits entschieden haben, — von welchen vielmehr die Nation überzeugt ist, daß sie von keinem Vorurtheil eingenommen, durch kein Privatinteresse verleitet sind, und die folglich ohne alle vorgefasste Meinung, bloß nach bestem Wissen und Gewissen urtheilen und entscheiden. —*



*Nur unter diesen Bedingungen und Voraussetzungen* kann in deutschen Staaten die Gesetzgebung im Ganzen einer gründlichen Reform unterworfen werden. Auf diesem Wege kann jede Regierung, wenn sie will, *in jedem Zweige der Gesetzgebung* mit einem vollendeten Ganzen hervortreten und dem allgemein verhassten Flicker im Fache der Legislation vorbeugen. —

Mit *goldenen Buchstaben* verdienen die unvergesslichen Worte *Seiner Majestät des Königs von Baiern* geschrieben zu werden, die dieser weiseste und hochherzigste Monarch zu den Ständen des Reichs bei der Eröffnung der Ständeversammlung am 26. Jan. l. J. huldvollst sprach, und welche so lauten:

„Es wird ihnen der Entwurf eines vollständigen Strafgesetzbuches mitgetheilt werden, welchen die dafür angeordnete Gesetzgebungs-Kommission bearbeitet hat. — Ein Gesetzbuch, welches über Leben, Freiheit und Eigenthum, also über die heiligsten Güter der Menschen verfügt, fordert eine öffentliche Prüfung und dann eine ruhige und zusammenhängende Berathung, welche bei den in einer ordentlichen Versammlung sich andringenden Gegenständen nicht erwartet werden kann; deshalb behalte ich mir vor, meine



lieben und getreuen Stände ausschliessend für diese und ähnliche gröfsere Gesetzgebungen zu einer ausserordentlichen Versammlung zu berufen. — Diese werden sich inzwischen durch die gegenwärtige Mittheilung mit dem Geiste der Gesetzgebung in ihren Grundsätzen und ihren einzelnen Bestimmungen vertraut machen, um sodann zu einer reifen — der Sache würdigen — Berathung hinreichend vorbereitet erscheinen zu können.“

Opinionum commenta debet dies, naturae judicia confirmat.

*Cicero.*

*Nur im Glanze sonnenklarer Wahrheit reift das Problem allgemeiner Beglückung.*

*Durch eine vollkommene Gesetzgebung werden die Verbindlichkeiten und Rechte der Staatsbürger gehörig abgewogen, ihre Kräfte dem allgemeinen Ganzen unterworfen, und sie zu theilnehmenden und thätigen Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft gemacht.*

Wenn in Ansehung der Entwerfung, Bearbeitung und Einführung neuer Formen und Gesetzbücher für deutsche Staaten, vorzüglich aber in Ansehung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, mit be-



sonderer Rücksicht auf den *baierischen Staat* \*),  
die alte Rechts-Regel: *audiatur et altera*

---

\*) Welche ungeheuere Kosten erforderlich wären, wenn im ganzen Königreiche zum Behufe der Assisen mehrere *neue und grofse Gefängnisse* erbaut werden müßten, beweisen die Baukosten des vor Kurzem im Rheinkreise hergestellten Gefängnisses zu jenem Zwecke. —

Dazu kommen noch, besonders in gegenwärtigen geldarmen Zeiten unerschwingliche Ausgaben des Aersars für eine eben so langwierigen als kostspielige Kriminal-Prozedur — nach französisch-rheinischen Formularien und Normativen! — wovon der *fünfjährige Kriminal-Prozess* des Kaufmanns Fonk von Köln (s. oben S. 16—17.) ein trostvolles Pröbchen liefert, indem er schon 100,000 Franken kostet, und jetzt erst wieder von neuem beginnt, und vielleicht noch einmal so viel kosten kann, bis er beendigt wird. — Und wie erbaulich ist die darüber in dem oben angeführten ersten Hefte von dem angeklagten Kaufmann Fonk erschienene — nachstehende Darstellung!

#### *U r t h e i l.*

Wir *Friedrich Wilhelm* von Gottes Gnaden  
König von Preussen etc. etc.

Der rheinische Appellations-Gerichtshof zu  
Köln hat folgende Entscheidung erlassen.

Nach Einsicht des in der Untersuchungssache  
gegen den Kaufmann Peter Anton Fonk aus



pars, hier in Anwendung gebracht wurde, so geschah dies — nach meiner innersten Ueber-

---

Köln, die Ermordung des Wilhelm Könen betreffend, von dem Appellations-Hofe zu Trier unter dem 23. Junius 1818. erlassenen Erkenntnisses, wodurch die Anklage gegen den gedachten Fonk unzulässig erklärt worden ist.

Nach Einsicht der Verhandlungen über die fernere, des nämlichen Gegenstandes wegen gegen Peter Anton Fonk eingeleitete Untersuchung.

Nach Einsicht auch der frühern Verhandlungen über die dem Erkenntnisse vom 23. Juni 1818. vorher gegangene Untersuchung. —

Und nachdem in den Sitzungen vom ersten, zweiten, dritten, vierten, fünften, siebenten, achten, neunten, zehnten, elften, zwölften, vierzehnten, fünfzehnten, sechzehnten, achtzehnten, neunzehnten, ein und zwanzigsten, zwei und zwanzigsten, drei und zwanzigsten und vier und zwanzigsten dieses Monats, die neuern sowohl als die ältern Verhandlungen über diese Untersuchungssache in Gegenwart des öffentlichen Ministeriums verlesen worden sind.

Nach Vernehmung desselben in seinem schriftlichen Antrage, welcher niedergelegt wurde, und dahin ging, daß es dem Accusationssenat gefallen wolle, gegen P. A. Fonk beschuldigt:

„Den in der Nacht vom neunten auf den 10. November 1816. von seinem damaligen Auf-



*zeugung und auch nach bestimmten Wissen — mit vollkommener Zustimmung hochachtba-*

---

enthalt in Köln verschwundenen Handlungsdiener Wilhelm Könen freiwillig und mit vorher überlegtem Vorbedacht entweder selbst ermordet oder bei dieser mit Vorbedacht ausgeführten Ermordung absichtlich und wissentlich in denjenigen Handlungen, wodurch die That vorbereitet, erleichtert oder vollbracht worden, Beistand geleistet, oder wenigstens durch Geschenke, Versprechungen oder durch listige Anstiftungen, oder durch sonstige strafbare Kunstgriffe dazu gereizt, oder Rathschläge zu deren Ausführung gegeben und sich dadurch an der Ermordung betheiligt zu haben; nunmehr die förmliche Anklage zu erkennen, und den Angeklagten, in Gemälsheit der früher bereits Statt gegebenen Surrogationen an den Assisen-Hof zu Trier zu verweisen.“

Nachdem hierauf das öffentliche Ministerium mit dem Sekretaire aus dem Rathszimmer sich entfernt hatte.

In Erwägung, daß die aus der neuen Untersuchung resultirenden Anzeigen weder für sich betrachtet, noch in Verbindung mit den in den frühern Verhandlungen erhobenen Indicien zureichende Verdachtsgründe darbieten, um darauf gegen den Beschuldigten eine Anklage zu begründen.

Erkennt der Appellations-Gerichtshof, daß die Anklage gegen Peter Anton Fonk, wegen Ermordung des Wilhelm Könen, keine Statt habe,



*rer und erfahrungsvoller Sachverständiger  
und vorurtheilsfreier, unbefangener Kenner,*

---

und derselbe, wofern er nicht anderer Ursachen wegen verhaftet seyn möchte, auf der Stelle in Freiheit zu setzen sey.

Also geurtheilt zu Köln den 24. Februar 1820 bei der Anklage-Kammer, wo anwesend waren, die Herren Appellations-Gerichtsräthe: v. Mylius, als Präsident; Schmitz, Umbscheiden, Schreiber, Wiendahl, Oswald und der Sekretär Pelmann, welche unterzeichnet haben.

(Unterschrieben) von Mylius, Schmitz, Umbscheiden, Schreiber, Wiendahl, Oswald, Pelmann.

Wir befehlen und verordnen daher allen darum ersuchten Gerichtsvollziehern, gegenwärtige Entscheidung zu vollstrecken, unserm General-Prokurator und den Prokuratoren bei den Gerichten der ersten Instanz hierauf zu halten, allen Befehlshabern und Beamten der öffentlichen Macht auf gehöriges Ersuchen starke Hand dazu zu leisten.

Zur Urkunde dessen ist diese Entscheidung unterschrieben worden.

Für gleichlautende Ausfertigung, welche dem öffentlichen Ministerium mitgetheilt wird.

Der Sekretär,  
(gezeichnet) Pelmann.

„Am 2ten März 1820,“ sagt Fonk, „erhielt ich die Zustellung des Urtheils, das mir den Ker-



welchen die rheinischen Winde und Macht-  
sprüche eben so wenig, als mir behagen  
wol-

ker öffnete, worin ich zum zweitenmale, durch einen dazu durchaus unbefugten Beamten aus gesetzwidriger Willkühr eingesperrt, zwölf Monate und achtzehn Tage lang geschmachtet hatte.

Zweimal hatten nun also schon zwei verschiedene Ober - Justiz - Höfe förmlich ausgesprochen, daß eine Untersuchung, die über drei Jahre hindurch unausgesetzt betrieben worden war, nicht so viel Stoff liefere, um einen gegründeten Verdacht gegen mich zu bilden, der geeignet sey, eine Anklage zu rechtfertigen. Alle rechtliche Männer hielten es für unmöglich, daß meine Ruhe und Freiheit nun noch fernerhin durch erneuerte Willkühr gefährdet werden könne. Wer nur immer, sagten sie, durch Leidenschaft versucht werden könnte, so was zu unternehmen, ist nun doch genug belehrt worden, wie straffällig das sey, und jeder von uns muß es fühlen, daß dadurch nicht bloß die Rechte des Einzelnen verletzt wurden, sondern daß es sich dabei um das Heil von uns allen handle; denn wer von uns dürfte nur einen Augenblick auf die Sicherheit seiner Person rechnen, wenn sogar der Bürger, den zwei Gerichtshöfe nach einer so lange fortgesetzten Untersuchung zweimal für verdachtlos erklärt, und in Freiheit gesetzt haben, in den feierlichen Aussprüchen derselben keine Gewähr gegen weitere Willkühr finden soll? Das Anse-



wollen, und *die für deutsche Völker nicht — poetische Theorien und Stuben-Philosophie,*

hen der Gerichtshöfe, die in jeder Staatsverfassung als die unerschütterlichsten Säulen des Rechts da stehen müssen, das öffentliche Zutrauen zu denselben, und die darauf vorzüglich sich stützende Aufrechthaltung des gesellschaftlichen Vereins würde in nichts zerfallen, wenn es der Eigenmacht einer andern Behörde frei stünde, sich über das, was die gesetzlich bestellten gerichtlichen Gewalten als Recht verkündet haben, hinauszusetzen, und, den Aussprüchen derselben zum Trotz, den zweimal freigesprochenen Bürger durch neue Willkühr seiner Freiheit zu berauben. Der Anarchie wäre dadurch Thür und Thor geöffnet, und an der Stelle der gesetzlichen Ordnung erblickten wir den furchtbarsten Terrorism!“

„Wie sehr werden jene Edeln erstaunen, wenn sie in dem *zweiten* Hefte dieser Schrift erfahren, daß eben die Behörde, die vom Gesetze eigends dazu bestellt ist, auf die Aufrechthaltung und die strenge Vollziehung der gerichtlichen Urtheile zu wachen, meine dritte Verhaftung veranstaltete, sich dazu gerade der nämlichen Vorwände, die bereits durch das Urtheil vom 24. Februar 1820. als haltlos anerkannt worden waren, bediente, und, nachdem ich die Gesetzlosigkeit dieses Gewaltstreiches bewiesen hatte, die Aktenstücke von der Prozedur wegschaffte, worin jene Vorwände zu meiner dritten Verhaftung aufgestellt worden waren!“



*nicht fremde Treibhauspflanzen aus revolutionären Zeiten und Köpfen \*)*, sondern

„Die aktenmässige Darstellung der hierauf gefolgten letzten Prozedur, die ich im zweiten Hefte liefern werde, soll das Publikum in den Stand setzen, mit Sachkenntniss zu beurtheilen, ob es wahr sey, wie man behauptete, daß die Lage der Akten die Anklage gegen mich nothwendig gemacht habe. Grausen wird dabei alle meine Mitbürger, denen Ordnung heilig ist, ergreifen, wenn sie die Menge erwiesener Meineide, deren so viele Zeugen sich schuldig gemacht haben, inne werden, und dann erwägen, was jeder von ihnen zu befahren habe, wenn auf solche Aussagen über das Leben eines ihrer Mitmenschen gewürfelt werden soll.“ Und in der That steht im 2ten Hefte des obigen 5jährigen Kriminal-Prozesses S. 50. wörtlich: Mit Recht sagte Herr Fonk daher in seiner Vorstellung an das hohe Justiz-Ministerium: „„Wer die Gewalt, ich möchte sagen, die Allgewalt bedenkt, die unsere hiesigen Gesetze dem Präsidenten der Assisen anvertraut haben, der sieht es leicht ein, daß das Schicksal des Angeklagten vorzüglich in dessen Händen liegt, und daß demselben nichts leichter ist, als auch den Unschuldigen auf das Schaffott zu liefern.““

\*) *Die Einrichtung der Geschwornengerichte ist von den — Carbonari's feierlich angenommen worden. — S. Denkwürdigkeiten der geheimen Gesellschaften in Unter-Italien, insbesondere der Carbonari. Aus dem Original übersetzt von H. Döring. Weimar, 1822. S. 40. — Hier*



*deutschen Geist, deutsche Sprache, deutschen Karakter und deutsche Sitten, aber*

---

heißt es S. 41. wörtlich: „Die Untersuchung einer jeden Streitigkeit, die unter den Carbonari's der westlichen Republik Lucaniens vorkommen mag, soll den Geschwornengerichten anheim fallen.“

In dieser Schrift kommen S. 201 u. 202. folgende Stellen vor: „In den ersten Tagen der neapolitanischen Konstitution wurden *in dem ganzen Königreiche Millionen* in den Orden der Carbonari aufgenommen. Das gemeine Volk, sobald es Carbonaro war, hatte das Recht Waffen zu tragen, und glaubte dadurch auch ungestraft morden und rauben zu können, und wirklich verübte es schreckliche Greuelthaten, *welche indeß mit dem Mantel der Verschwiegenheit bedeckt wurden.* — Sobald die Nachricht kam, daß sich die österreichische Armee den neapolitanischen Grenzen näherte, *wollten sogleich alle Carbonari's marschieren*; allein sie verschoben ihren Abmarsch von einem Tag zum andern, so daß darüber die Oesterreicher in Neapel einrückten. Die Reden, welche der General Wilhelm Pepe in den Venditen (den Versammlungsorten der Carbonari's) hielt, giengen nicht allein darauf hinaus, die Oesterreicher von dem italienischen Boden zu vertreiben, sondern (wie Julius Cäsar) die ganze antikonstitutionelle Welt erobern zu wollen.“

Vor Kurzem las man in deutschen Tagblättern folgendes Prognostikon:



*auch von deutschen Völkern — auf ihrer dermaligen Kulturstufe ausgegangene Gesetze, dem Genius der deutschen Nation angemessene Formen und Justiz-Verfassungen verlangen und erwarten. Nequid nimis!*

Ich schliesse nun diese Skizze, worin ich wegen Mangel an Zeit mehr andeuten mußte, als ich ausführen konnte, mit dem Wunsche, für die Ausübung gearbeitet zu haben. Ich bin von meinen reif durchdachten Ideen und Vorschlägen so vollkommen überzeugt, daß ich stets bereit bin, meine aufgestellten Grundsätze vor jedem vorurtheilsfreien und unpartheiischen Sachverständigen, und auch vor jeder Versammlung unbefangener Staatsmänner und praktischer Kenner zu vertheidigen, wenn anders ausgemachte Wahrheiten und bewährte Erfahrungen noch einer Vertheidigung bedürfen. — Res ipsa loquitur. —

Mein Bewußtseyn sagt mir, daß ich in dieser höchst wichtigen Sache mit eigenen Augen — und zwar nicht bloß mit den Augen des Körpers, sondern auch mit den Au-

---

„So gewaltige Dinge auch geschehen sind seit dreissig Jahren, so war der Schauplatz dieser Geschichte doch nur erst ein Fechtboden, nur Rapier-Streiche sind bis jetzt gefallen; der Ernstkampf soll noch folgen.“



gen des Geistes — gesehen, mit eigenen Ohren gehört, und *nichts als Wahrheit* gesagt habe, zu deren öffentlichen Bekenntniß es mir seit meiner öffentlichen Laufbahn *noch nie* an dem nöthigen Muthe gefehlt hat. Denn mir ist immer nur an dem Beifall — *vorurtheilsfreier, leidenschaftsloser und sachkenntnisvoller Beurtheiler* gelegen, während ich den gehässigen und im Finstern schleichen den Tadel tief verachte, und ihn jeder Erwiderung unwerth halte. —

Man kann — durch vieljährige vergleichende Beobachtungen in verschiedenen Ländern, durch wiederholte und mannigfaltige geläuterte Erfahrungen, durch das Studium der ältern und neuern Gesetzbücher und der Geschichte der Staats-Praxis, besonders der einzelnen Zweige derselben, unterstützt — *Praktisch - stichhaltiges, Gediegenes und Gereiftes liefern, ohne selbst eigentlicher Praktiker oder Empyriker zu seyn, oder Jahre lang in der Routine mechanisch herumgetrieben zu werden.* — Wer wollte auch daran zweifeln, daß von den im Leben zum Geistesgebrauch, zur Welt- und Menschenkenntniß gereiften Männern mehr zu erwarten sey, als von einem Geschäfts-Praktikus, der unter seinen Akten ergraute.

---



---

## A n h a n g.

---

*Zusätze zu meinen Betrachtungen über die Vorschläge unserer Tage für mehr Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Justiz. Sammt Anhang über Trennung der Justiz von der Polizei bei den Landbeamtungen. Von C. W. F. L. Freihrn. von Drais. Mannheim 1822. Schwan- und Götz'sche Hofbuchhandlung. S. VIII. und 120. in 8.*

Der Hr. Geheimerath und Oberhofgerichts-Präsident, Freiherr von Drais hat im verfloßenen Jahr eine treffliche *Geschichte der badischen Gerichtshöfe mit Blicken auf die Vorschläge unserer Tage für mehr Oeffentlichkeit der Zivil- und Kriminal-Justiz etc.* herausgegeben. Dieses höchst schätzbare und interessante Werk, das in kritischen Blättern eine ehrenvolle Würdigung erhielt, kann denjenigen, in deren Berufe es liegt, auf die Gesetze und die Gerichtsverfassung ihres Vaterlands einzuwirken, nicht nachdrücklich genug empfohlen werden. Denn hier spricht sich eine vieljährige und gereifte



Amtserfahrung und eine unbefangene und gesunde Urtheilskraft aus.

Der Hr. Geheimerath und Präsident, Freih. von Draï erklärt sich über sein grösseres Werk selbst auf folgende Art: „Es war natürlich, daß ich den ganzen Umfang der grossen Kontrovers vor die Augen nehmen mußte. Ich verglich nicht nur die deutsche und die französische Prozedur in allen Hauptzügen, sondern gieng auch häufig in die Frage ein: *ob und wie das deutsche System sich bessern lasse, ohne es darum niederzureissen oder zu vertauschen?* — Aber gerade die letzte Erörterung konnte vielen Lesern zu versteckt und zerstreut geblieben seyn, wegen der grössern Aufmerksamkeit, die auf den grossen Weltstreit gerichtet blieb. Denn die Lobredner des französischen Verfahrens geben sich nicht mit einzelnen Besserungen einer Sache ab, die sie schon im Ganzen verwerflich glauben. Und dennoch ist dasjenige von hoher Wichtigkeit an sich selbst, was ich zugleich als Kompositions-Vorschlag also ausgedrückt habe: „„Jeder Staat bessere sein Prozedur-System erst gehörig aus; nur alsdann kann die Abwägung ein reineres Geschäft für die Wahrheit werden. *Nach zehen Jahren* (wohl gemerkt!) wollen wir zur Wiederaufnahme der Kontro-



verse bereit seyn. Bis dahin aber muthe uns Niemand schon den Tausch zu.“ —

Der Hr. Geheimerath und Ober-Hofgerichts-Präsident Freiherr von Drais gehört nicht unter die Vertheidiger der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, und der *nach dem Gefühl urtheilenden* Geschwornengerichte, sondern er ist ein Freund ruhiger Ueberlegung, und nicht *über-eilter Neuerungen, zumal aus der Fremde entlehnter*. — Nachdem wir seit einiger Zeit so viel Romanhaftes über Justiz-Pflege aus dem hehren Zeitalter der Ordalien, der Folter, der Vehmgerichte, des Faustrechts u. s. w. in deutschen Schriften lesen mußten, thut es wohl, wieder *gesunde Begriffe über die gesammte Rechtspflege* von einem hochverdienten und hochgestellten deutschen Justizmann zu erhalten, dessen vorliegende lehrreiche und gründliche Schrift eine *Nachlese* zu seiner mit vielem Beifalle aufgenommenen (s. Hermes. Jahrg. 1821. St. II.) *Geschichte der badischen Gerichtshöfe* ist.

*Auch der berühmteste unter den jetzt lebenden deutschen Rechtsgelehrten ist gegen die Oeffentlichkeit der Rechtspflege.* —





















Harl, Johann Paul,

Kritische Bemerkungen über neue Formen und neue Gesetzbücher für deutsche  
Staaten und über die bei ihrer Entwerfung, Bearbeitung und Einführung  
unumgänglich nothwendigen Rücksichten

Erlangen 1822

Augsburg, Staats- und Stadtbibliothek -- Stw 3067

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11282424-5